

Zeitschrift für Diskursforschung
3. Beiheft 2018

**Zeitschrift für
Diskursforschung**
Journal for
Discourse Studies

**(Kon-)Texte des
Politischen**

3. Beiheft

Łukasz Kumiega | Christian Karner (Hrsg.)

BELTZ JUVENTA

Inhalt

<i>Lukasz Kumiega, Christian Karner</i> Zum Politischen in Texten und in deren Kontext: theoretische Verortungen	3
<i>Christian Nestler, Jan Rohgalf</i> Mitte contra Mainstream Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt	16
<i>Christian Karner</i> (Kon-)texte kontrastierender Europapolitik in Österreich	54
<i>Alicja Raciniewska</i> Politisierte Kleidung und politischer Charakter von Mode	80
<i>Julia Maria Zimmermann</i> Von Andersens Märchen und Goldenen Röcken: Zum Geltungsanspruch europäischer Gleichstellungspolitik und nationalstaatlicher Abwehr im Europäischen Parlament Eine narrative Aussagenanalyse	111
<i>Jacob Nuhn</i> AktivistInnen, Alternative, KrawallmacherInnen Framings der Bewegung „Freiheit und Frieden“ in der „Gazeta Wyborcza“ im Revolutionsjahr 1989	142
<i>Janett Haid</i> Das politische Wir – Eine semantisch-pragmatische Analyse zur Verwendung der ersten Person Plural in öffentlichen Reden von nord- und lateinamerikanischen Politikern	178
<i>Silvia Bonacchi</i> Schlagbilder, Schreckbilder, Wohlfühlbilder Eine diskurslinguistische Analyse von visuellen Konstruktionen mit handlungsleitendem Charakter am Beispiel der Islam-Debatte	211

Peter Schiffauer, Izabela Jędrzejowska-Schiffauer
Sprachliche Formen bei der Bewältigung der europäischen
Wirtschafts- und Finanzkrise: Wege zur Integration oder
Desintegration?

235

AktivistInnen, Alternative, KrawallmacherInnen

Framings der Bewegung „Freiheit und Frieden“ in
der „Gazeta Wyborcza“ im Revolutionsjahr 1989¹

Zusammenfassung: Der Systemwechsel in Polen 1989 zog eine grundlegende Neuordnung der politischen Landschaft nach sich. Am Beispiel der Berichterstattung der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ über die ökologisch-antimilitaristische Oppositionsbewegung „Freiheit und Frieden“ (WiP) beleuchtet der Beitrag die Rolle von Massenmedien dabei. WiP wurde im Framing der „Gazeta Wyborcza“ von einer Oppositionsbewegung gegen das kommunistische System zum Teil einer jugendlichen, von anarchistischen Ideen geprägten alternativen Szene. Damit wurden WiP als Akteur, aber auch seine Positionen an den Rand des politischen Spektrums gedrängt und dieses gleichzeitig neu strukturiert.

Schlagwörter: „Freiheit und Frieden“, Systemwechsel in Polen, Frames

Summary: The regime change in Poland 1989 caused a fundamental restructuring of the political landscape. Taking the daily „Gazeta Wyborcza“ and its reporting of the ecological and anti-militaristic opposition movement „Freedom and Peace“ (WiP), this article examines the mass media in this process. In „Gazeta Wyborcza’s“ framing, WiP was transformed from an opposition movement against the communist system into a part of a young, alternative scene, influenced by anarchist ideas. As a result, WiP as a political player, and its positions, were pushed to the margins of the political sphere, which at the same time was being reconfigured.

Keywords: „Freedom and Peace“, regime change in Poland, frames

1 Der vorliegende Beitrag ist ein überarbeiteter und erweiterter Ausschnitt aus meiner 2016 an der TU Dresden geschriebenen Masterarbeit „Die Bewegung „Wolność i Pokój“ in der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza 1989–1993“.

1. Einleitung

Gesellschaftliche Umbruchsituationen sind immer auch Zeiten der Neuverhandlung dessen, was als „politisch“ gilt. Dies betrifft auch die revolutionären Umbrüche der Jahre 1989–91 in Ostmitteleuropa. Sie brachten nicht nur die Einführung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems und rechtsstaatlich verfasster Institutionen nach westlichem Vorbild, sondern zogen auch eine grundlegende Neuordnung der politischen Landschaft nach sich. An die Stelle des, vor allem in Polen, auch im Realsozialismus durchlässigen, aber als politisches „Koordinatensystem“ durchaus wirkmächtigen Dualismus regimetreu vs. oppositionell traten eine sich zunehmend ausdifferenzierende Parteienlandschaft und eine Vielzahl an NGOs, politischen Gruppen und Vereinen. Oppositionelle Gruppen, die mit zu der gesellschaftlichen Mobilisierung beigetragen hatten, die den Umbruch 1989 ermöglichte, lösten sich auf oder wandelten sich grundlegend. Dies gilt auch für die hier im Zentrum stehende antimilitaristisch-ökologische Oppositionsbewegung² „Freiheit und Frieden“ (poln. „Wolność i Pokój“, im Folgenden abgekürzt: WiP). Sie hatte sich 1985 zur Unterstützung von Wehrdienstverweigerern gegründet und sich in den Folgejahren vermehrt mit Umweltschutz und Minderheiten befasst. Dabei griff sie Themen und Aktionsformen vergleichbarer westlicher sozialer Bewegungen auf, mit denen sie in einem engen, wenn auch nicht selten von gegenseitigem Unverständnis geprägten Austausch stand (vgl. Litwińska 2015, S. 14–35; Miedema 2014). Nach 1989 verließen viele AktivistInnen der Gründungsgeneration die von Anfang an sehr heterogene Bewegung und wurden im neuen System in staatlichen Institutionen, Parteien, Medien oder NGO's aktiv. Gleichzeitig blieb aber eine kleine Zahl vorwiegend jüngerer AktivistInnen in ähnlicher Weise wie vor 1989 aktiv und organisierte als „Wolność i Pokój“ weiter Demonstrationen, Hungerstreiks und Blockaden. Dabei

2 Der Begriff „Bewegung“ ist im Zusammenhang mit Wolność i Pokój ausdrücklich nicht im Sinne von Wolność i Pokój als eigenständige „soziale Bewegung“ zu verstehen. WiP war im engeren Sinne keine „eigene“ Bewegung, sondern eher Teil einer breiteren Ökologie- und Friedensbewegung. Ich verwende den Begriff für „Wolność i Pokój“ im Folgenden dennoch, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen, weil er in den Quellen als Selbst- und Fremdbezeichnung gängig ist. Zum anderen, weil die Verwendung des Bewegungsbegriffs angesichts der losen Netzwerkstruktur von Wolność i Pokój adäquater erscheint, als WiP als Gruppe oder Initiative zu bezeichnen. Zur Struktur von WiP siehe Żuk (2001, S. 29). Zur Problematik der inkonsistenten Verwendung des Bewegungsbegriffs in der Protest- und Bewegungsforschung siehe Mittag/Stadtland (2014, S. 20 ff.).

mussten sie sich in einem veränderten politischen und ökonomischen Umfeld neu verorten, dessen Strukturen und Institutionen sich in den ersten Jahren nach 1989 erst vage abzeichneten. Die Geschichte von WiP lässt sich daher nicht nur als Geschichte der Opposition gegen das kommunistische Regime, sondern auch als Beginn einer von im weitesten Sinne „grünen“ Ideen inspirierten neuen Opposition in der Dritten Republik schreiben, was bisher jedoch nur in Ansätzen geschehen ist (Charkiewicz 2009; Gliński 1996; Ostolski 2008, 2009, 2012). Wenn, dann wurden – wie bei vergleichbaren Arbeiten zur Transformation ehemaliger Oppositionsgruppen bzw. Ökologiebewegungen in anderen postsozialistischen Staaten (etwa Carmin/Fagan 2011; Rucht/Rink 1994) – vor allem strukturelle Veränderungen in den Blick genommen (Gliński 1996). Dem Gegenüber rücke ich im Anschluss an grundlegende Überlegungen von Adam Ostolski (Ostolski 2012) in meinem Beitrag die Rolle von Massenmedien bei der Neuverortung von WiP als einem Teil der ehemaligen Opposition und damit auch der Neuordnung der politischen Landschaft in den Fokus. Massenmedien geben sozialen Bewegungen die Möglichkeit, von einer breiten Öffentlichkeit gesehen zu werden. Dabei interpretieren sie deren Aktivitäten, können sie legitimieren oder delegitimieren (Fahlenbrach 2016, S. 105). Massenmedien tragen damit, wenngleich dies im konkreten Fall schwer messbar ist (vgl. Steuwer 2014, S. 167–188), zur (De-)Mobilisierung von sozialen Bewegungen bei, vor allem aber bieten sie ihren LeserInnen eine Orientierung in der politischen Landschaft. Als „Interdiskurse“ zwischen Fach- und Alltagsdiskursen sind sie nach Jürgen Link der zentrale Ort in modernen Gesellschaften für die Aushandlung von Normalität. Sie definieren so auch die Grenzen politischer Diskurse, etwa, indem Positionen einer „bürgerlichen Mitte“ zugeordnet oder als „radikal“ bzw. „extremistisch“ markiert werden (vgl. Link 2006, S. 395–401).

Die 1989 aus der Solidarność-Opposition hervorgegangene Gazeta Wyborcza, deren Berichterstattung über WiP ich im Folgenden analysiere, kann als Paradebeispiel für einen solchen Interdiskurs im Polen der frühen 1990er Jahre gelten. Im Mai 1989 als Wahlzeitung der Solidarność für die ersten (halb)freien Wahlen gegründet, wurde sie bald zur meistgelesenen und einflussreichsten Zeitung (Filas 1999, S. 216; Ekiert/Kubik 1998, S. 92) der neuen Dritten Republik. Die meisten ihrer RedakteurInnen kamen vom Tygodnik Mazowsze, der bedeutendsten Untergrundzeitung der Solidarność. Chefredakteur wurde Adam Michnik, einer der bekanntesten oppositionellen Intellektuellen und ein Vertrauter des ersten nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki. Die Gazeta Wyborcza war dadurch nicht einfach eine neue Zeitung, sondern die erste unabhängige

und dabei personell wie inhaltlich stark mit einem wichtigen Teil der ehemaligen Opposition verbundene Tageszeitung. Als solche unterstützte und verteidigte sie in den Folgejahren die von der Regierung Mazowiecki vorgegebenen Leitlinien der Transformation: die „verhandelte Revolution“ (Ther 2010) in Form des Kompromisses mit den bisherigen Machthabern am Runden Tisch und damit den Verzicht auf einen radikaleren Bruch mit der sozialistischen Vergangenheit, die Öffnung nach Westen sowie die Einführung der Marktwirtschaft in Gestalt des „Balcerowicz-Plans“ (Ther 2016, S. 90 ff.). Nicht selten, so David Ost, tat sie dies mit dem Habitus eines „Überbringers von modernen liberalen Werten an eine rückständige Gesellschaft“. Protest als Form politischer Partizipation, so Adam Ostolski, sei von den neuen Post-Solidarność-Eliten, wie etwa dem Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza* Adam Michnik, generell diskreditiert worden (Ost 2005, S. 103 ff.). Erst die Proteste gegen den Bau einer Umgehungsstraße durch das Naturschutzgebiet Rospuda-Tal in den Jahren 2006–2007, freilich lange nach der aktiven Zeit von WiP, seien, so Adam Ostolski, wieder ein Erfolg für die Umweltbewegung gewesen – und das vor allem dank der kontinuierlichen Unterstützung durch Medien wie der *Gazeta Wyborcza*: „In der zwanzigjährigen Geschichte der Dritten Republik war dies die einzige Phase, in der Proteste in den Leitmedien ein positives Echo fanden“ (Ostolski 2012, S. 216). Proteste der Umweltbewegung hätten aber nur dann in den Medien Erfolg gehabt, wenn diese im dominierenden Diskurs einer „imitatorischen Modernisierung“ nach westlichem Vorbild verortbar gewesen seien. Grundlegende Systemkritik würde dagegen ausgeblendet (ebd., S. 217 f.). Eingang in die Medien der Dritten Republik, so vermutet auch Kirsten Gerland, fand der im neuen System „erfolgreiche“ Teil der ehemaligen Jugendopposition – der weiterhin außerparlamentarisch aktive Teil jedoch nicht (Gerland 2016, S. 378).

Daraus lassen sich in Bezug auf die im Folgenden zu untersuchende Berichterstattung der *Gazeta Wyborcza* zu WiP zwei grundsätzliche Hypothesen ableiten. Erstens: Die Berichterstattung der *Gazeta Wyborcza* zu WiP trug zur Marginalisierung der Bewegung nach 1989 bei, die auch Monika Litwińska in ihrer umfangreichen Monographie zu WiP andeutet (Litwińska 2015, S. 518). Und zweitens ist zu erwarten, dass die grundlegend systemkritische Stoßrichtung breiter Teile der polnischen Umweltbewegung, die etwa Ewa Charkiewicz für die Zeit vor *und* nach 1989 ausmacht (Charkiewicz 2008, S. 42 ff.), in der Berichterstattung der *Gazeta Wyborcza* wenig bis keinen Widerhall fand. Diese Hypothesen gilt es im Folgenden empirisch zu überprüfen. Ich konzentriere mich dabei auf die Einordnung von WiP und den Aktivitäten von WiP in der Berichterstattung des Jahres

1989, die insofern einen markanten Bruch markiert, als sowohl die neu gegründete Gazeta Wyborcza wie auch WiP in diesem turbulenten Jahr des Regimewechsels nach einem Platz in dem sich erst vage abzeichnenden neuen System suchten. In einem kurzen Ausblick zeichne ich daran anschließend Tendenzen der Berichterstattung bis zum Verschwinden von WiP im Jahre 1992/93 nach. Als methodischer Zugang für meine Untersuchung dient mir die Framing-Theorie, die ich nachfolgend kurz skizziere. Dem sei vorausgeschickt, dass meinen Beitrag in erster Linie ein historisches Erkenntnisinteresse leitet. An den untersuchten Texten interessiert mich deshalb sowohl aus einer Top-Down-Perspektive deren Funktion in einem historischen Prozess als auch, Bottom-Up, ihre Materialität als Artefakte einer Vergangenheit, der ich mich aus einer Gegenwartsperspektive anzunähern versuche. Als Historiker geht es mir dabei weniger um generalisierbare Erkenntnisse zur Rolle von Medien und Sprache bei der Neuordnung des politischen Diskurses im Transformationsprozess nach 1989, sondern vor allem darum, eine belastbare Geschichte vom Verhältnis der Gazeta Wyborcza zu einem Teil der polnischen „grünen“ Bewegung im Jahre 1989 zu erzählen. Inwieweit diese auf andere Kontexte übertragbar sind, müssen weitere empirische Studien zeigen.

2. Theoretische Zugriffe zur Rolle von Medien als Interpreten und Bestandteil sozialer Bewegungen

Um das Verhältnis von sozialen Bewegungen und Massenmedien greifbar zu machen, stütze ich mich im Folgenden auf die vor allem in der Kommunikationswissenschaft verwendete Framing-Theorie.³ Frames lassen sich mit Matthias Potthoff als

„[...] ein Muster von Aussagen [definieren]. Die Einheit, in der ein Frame sich entfaltet, ist das einzelne Diskursangebot. Seinen inneren Zusammenhalt erhält das Muster durch die Kohärenz der Aussagen, welche gemeinsame Normen und Wertorientierungen zum Ausdruck

3 Im Anschluss an Todd Gitlins kanonisch zu nennende Studie zur US-Studierendenbewegung in den 1960er Jahren (Gitlin 1980) ist die Framing-Theorie in den letzten Jahren auch von anderen AutorInnen für die Analyse des Mediendiskurses über soziale Bewegungen und Proteste fruchtbar gemacht worden. Siehe etwa die Beiträge in Fahlenbrach/Sivertsen/Werenskjold (2014), kritisch: Steuerer (2014), aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive: Ertl (2015).

bringen, gegenseitig sinnvoll aufeinander verweisen und gemeinsam ein sinnvolles Gesamtbild zu einem Thema skizzieren. Von anderen Frames und seiner sonstigen Umwelt grenzt sich ein spezifischer frame ab, indem er nur eine Teilmenge aller möglichen Aussagen zu einem Thema enthält und diese durch strukturelle, sprachliche und inhaltliche Mittel betont.“ (Potthoff 2015, S. 62)

Frames sind also Deutungsangebote bestimmter Sachverhalte oder Ereignisse und lassen sich als Konstituenten von übergreifenden Diskursen analysieren (Franczak 2014, S. 153 f.). Frames sind in einzelnen Texten zu finden, wirken jedoch vor allem textübergreifend. So kann ein Text mehrere Deutungsangebote enthalten, mehrere Texte sich aber textübergreifend auf den gleichen Deutungsrahmen beziehen und dadurch ein dominantes Framing eines Ereignisses, einer Problemlage, eines Akteurs etc. etablieren (Potthoff 2015, S. 71). Sowohl soziale Bewegungen als auch Massenmedien sind Produzenten solcher Frames. Soziale Bewegungen zielen darauf ab, eigene Deutungen von Problemlagen zu etablieren, zum einen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen, zum anderen aber auch, um einen kulturellen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung herbeizuführen bzw. zu befördern. Dafür sind sie auf Medien angewiesen, die diese Deutungen weiter verbreiten (vgl. Bösch 2014, S. 150 f.). Sie entwickeln daher Strategien, um über medienwirksame Aktionsformen⁴, die Antizipation von Medienreaktionen oder persönliche Kontaktaufnahme zu „Gatekeepern“ in die Massenmedien zu kommen (Fahlenbrach 2016, S. 103), können sich dem massenmedialen Diskurs aber auch verweigern (Rucht 2014, S. 21 f.).

Das Framing von Protestereignissen in Massenmedien wird nach Sarah Ertl von machtbedingten Einflussfaktoren auf unterschiedlichen Ebenen beeinflusst: Etwa durch die Frage der Eigentümerschaft von Medien oder die Interessen von WerbekundInnen, medienintern durch inhaltliche und ideologische Leitlinien einzelner Medien, die Bevorzugung bestimmter, meist offizieller Quellen und Kommunikationskanäle oder etablierte Mediennormen. Als spezifische Merkmale von Protestereignissen, die Einfluss auf das Framing in Massenmedien haben, macht Ertl die „[...]“ Protestgröße, das Ausmaß an Extremen bzw. Spektakulärem in Aktion und Taktik, die Radikalität der Inhalte und die damit implizierte Gefährdung eines Status quo [...]“ sowie „geopolitische Implikationen“ aus: „Dabei evozieren radikale, den Status quo gefährdende Inhalte eher eine Spektakularisierung

4 Siehe dazu exemplarisch am Beispiel der westdeutschen Friedensbewegung der 1980er Jahre Fahlenbrach/Stapane (2012).

der Aktionen und ein Ignorieren der Inhalte [...]“ (Ertl 2015, S. 326 f.). Vor allem aber hat laut Ertl das soziale, ökonomische und/oder kulturelle Kapital einer Protestgruppe Einfluss auf die Art der Berichterstattung. Marginalisierte Gruppen mit geringem sozialen Kapital sind für den Zugang zu medialen Öffentlichkeiten von Dritten abhängig und können die Berichterstattung über sie weniger bis gar nicht kontrollieren. Sie werden daher häufiger negativ gerahmt (ebd., S. 309 f.). Ertl unterscheidet darauf aufbauend fünf grundlegende Formen von Protestberichterstattung. Tendenziell erfolgreich im Sinne der protestierenden Akteure sind die *differenzierte Protestberichterstattung*, bei der verschiedene Positionen und Akteure vollständig, gleichberechtigt und unkommentiert zu Wort kommen, sowie die *affirmative Protestberichterstattung*, die Motive, Akteure oder Aktionen der Protestierenden positiv zeichnet und gegenüber anderen Positionen bevorzugt. Tendenziell nicht erfolgreich sind das *Ignorieren von Protest* und eine Berichterstattung, die dem *Protestparadigma* folgt: Demonstrationen und andere Formen politischen Handelns werden dabei nicht als Protest, sondern als „Gewalt“, „Auseinandersetzung“ oder schlicht als „Ärgernis“ gerahmt. Inhalte, Motive und Akteure werden ausgeblendet, marginalisiert oder gar kriminalisiert. Eine dritte Variante nicht-erfolgreicher Protestberichterstattung ist die *Rekuperation*: Radikale Protestinhalte werden verharmlost dargestellt oder neutralisiert und damit eingehegt oder gänzlich entpolitisiert (ebd., S. 142–157). Ertls Systematisierung bietet auch für die Untersuchung der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza zu WiP ein praktikables Raster, wenngleich eine eindeutige Zuordnung zu einem Typus nicht immer möglich sein wird.

Gegen einseitig medienmachtkritische Studien betont Frank Bösch die Verflechtung von Medien und sozialen Bewegungen. Er begreift soziale Bewegungen als kommunikative Netzwerke, deren wichtige Bestandteile auch Medien und JournalistInnen sein können. JournalistInnen sympathisieren mit Bewegungen, haben persönliche Kontakte zu deren VertreterInnen oder gehören ihnen selbst an. Soziale Bewegungen produzieren eigene Medien und -inhalte, auf die JournalistInnen bei ihren Recherchen nicht selten zurückgreifen. Bösch plädiert außerdem dafür, die „reale“ und mediale Ebene von Protesten nicht zu stark zu trennen, sondern

„[...] im Sinne von Performanz-Ansätzen vielmehr davon auszugehen, dass die Bedeutung jeder ‚Aufführung‘ erst durch die Interpretation aller Beteiligten entsteht. Und dazu zählen auch das Publikum und die JournalistInnen, die über und mit den sozialen Bewegungen kommunizieren.“ (Bösch 2014, S. 152)

Die mehr oder minder explizit hinter allen bisher besprochenen Studien stehende Annahme, dass die massenmediale Protestberichterstattung zur Entstehung oder zum Verschwinden sozialer Bewegungen beiträgt, ist allerdings nicht ganz unproblematisch. Studien zur Rezeption von Medienframes zeigen zwar, dass diese Einfluss auf die Deutung von Ereignissen haben. Jedoch wäre es vermessen, von einer direkten Übernahme medialer Frames durch die MedienrezipientInnen auszugehen (Potthoff 2015, S. 256 f.; Steuwer 2014, S. 174–179). Paul Brewer und Kimberley Gross bringen es auf den Punkt, wenn sie etwas ernüchternd feststellen: „Some frames matter, some of the time; citizens can be moved by framing but also resist it“ (Brewer/Gross 2010, S. 181). Karol Franczak sieht den Gewinn von Frame-Analysen daher auch weniger in der Beantwortung der Frage, wie MedienkonsumentInnen in ihrer Wahrnehmung und Deutung von Ereignissen von deren medialen Darstellung geprägt sind, sondern betrachtet sie eher als Ergänzung diskursanalytischer Zugänge. Eine diachron angelegte Frame-Analyse gibt in erster Linie Aufschlüsse über Veränderungen im Mediensystem (Franczak 2014, S. 153 f.). Und sie kann, indem sie im Unterschied zur Diskursanalyse JournalistInnen als bewusst handelnde und interpretierende Akteure fasst⁵, dazu beitragen, Erkenntnisse zum komplexen Zusammenspiel zwischen Medien und sozialen Bewegungen zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund stellen sich für eine Frame-Analyse der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza über WiP nach 1989 folgende Teilfragen:

7. Über welche Proteste und andere Aktionen von WiP wurde berichtet? Über welche nicht? Welche Auswahlkriterien lassen sich nachvollziehen?
8. Wer berichtete? Lassen sich Verbindungen zu WiP oder zur Ökologiebewegung im weiteren Sinne herstellen?
9. Wie wurde berichtet? Wie wurden die AktivistInnen und andere beteiligte Akteure sowie ihre Motive und Ziele dargestellt? Wie prominent waren die Artikel platziert, welchen Umfang hatten sie, welche Textgattung? Wie häufig wurde berichtet?
10. Wie wurden die berichteten Aktionen interpretiert und kontextualisiert?

5 Die Bewertung des Einflusses von individuellen Einstellungen von JournalistInnen ist in der Framing-Forschung umstritten. Im Gegensatz zu diskursanalytischen Zugängen gehen die meisten Frame-Analysen jedoch davon aus, dass Texte Ergebnisse eines bewussten Konstruktionsprozesses sind. Vgl. Potthoff (2015, S. 48–60).

11. Lassen sich in den untersuchten Quellen Reaktionen von WiP auf die Berichterstattung der Gazeta Wyborcza feststellen?

Eine solche Frame-Analyse kann nur teilweise das Verschwinden von WiP in der Dritten Republik erklären. Sie vermag es aber, einen Ausschnitt des diskursiven Feldes zu beschreiben, innerhalb dessen WiP nach 1989 agierte, und damit im Umkehrschluss an einem Einzelfall Erkenntnisse zum Verhältnis der Gazeta Wyborcza zu einem Teil der außerparlamentarischen Umwelt- und Friedensbewegung in der Phase der Systemtransformation zu gewinnen. Und sie bietet, gleichsam „nebenbei“, auch einen ersten Zugang zu einer historischen Auseinandersetzung mit den Aktivitäten von WiP nach 1989.

3. Neuanfang, Ende und Durchgangsstation: Die Berichterstattung der Gazeta Wyborcza über Aktivitäten von WiP im „Revolutionsjahr“ 1989

Als am 8. Mai 1989 die erste Ausgabe der Gazeta Wyborcza erschien, war dies auch ein materieller Beweis für die Veränderungen der Verhältnisse in Polen (Madera 2003, S. 154). Zum ersten Mal seit der kurzen Phase der Liberalisierung im Zuge der Solidarność-Streiks 1980–1981 konnte eine von der Regierung unabhängige Tageszeitung legal erscheinen und vertrieben werden. Nach den repressiven Jahren des Kriegsrechts 1981–1983 und der Agonie der 1980er Jahre schien mit den Vereinbarungen am Runden Tisch der Weg frei für grundlegende Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Titelseite der ersten Ausgabe der Gazeta Wyborcza gibt diese Wechselstimmung wieder: Unter dem Namen der Zeitung prangte das Logo der noch wenige Monate zuvor verbotenen Solidarność, daneben war groß Lech Wałęsa abgebildet, neben seinem Foto ein Zitat: „Damit es anders und besser wird, müssen wir die Wahlen gewinnen“.⁶ Darunter ein kurzer Text von Wałęsa selbst, der mit den Worten endete: „Ich sehe, dass mit jedem Tag unsere Chancen steigen und wir uns immer besser schlagen. Mit der ‚Gazeta‘ wird uns das noch besser gelingen“ (Gazeta Wyborcza, 08.05.1989, S. 1). Dabei wollte die Gazeta Wyborcza von Anfang an kein Sprachrohr der Solidarność sein. Einige in der Opposition hatten sich zwar für diese Option ausgesprochen. Diejenigen, denen wie dem späteren In-

6 Hier und im Folgenden: eigene Übersetzung aus dem polnischen Original.

nenminister Krzysztof Kozłowski eine sich durch „kühle Objektivität“ auszeichnende Tageszeitung vorschwebte, setzten sich am Ende jedoch durch (vgl. Machcewicz 1995, S. 135). Ein Ziel der Redaktion war von Anfang an die Entwicklung eines neuen Stils. Kommentar und Information sollten klar voneinander getrennt werden. Kurze und präzise Texte, mit einer einfachen und kondensierten Sprache sollten die Zeitung kennzeichnen und sie damit positiv von den umständlichen, langen und von „Neusprech“ geprägten Texten von Regimezeitungen wie der *Trybuna Ludu* (dt. *Volkstribüne*) abheben (ebd., S. 143). Gleichzeitig wollte die *Gazeta Wyborcza* aber, wie es Adam Michnik in einem Rückblick zum 25-jährigen Jubiläum der Zeitung 2014 nicht ohne Pathos formulierte,

„[...] eine Institution der polnischen Demokratie sein. [...] Wir wollten mit eigener Stimme sprechen und dabei gleichzeitig ein Teil der demokratischen Opposition sein, nicht Zeitung der Opposition, kein Organ, sondern einfach und allein ein Bestandteil.“ (Smoleński/Wybieralski 2015, online)

Die Mehrzahl der wegen der knappen Papierzuteilung nur möglichen acht Seiten der ersten Ausgaben nahm dennoch die Vorstellung der oppositionellen Kandidaten des Bürgerkomitees ein. Die Redaktion der *Gazeta Wyborcza* versuchte aber, die gesamte Bandbreite des oppositionellen Spektrums abzudecken. Dem Teil der Opposition, der den Wahlen und dem mit der kommunistischen Regierung ausgehandelten Kompromiss kritisch gegenüberstand, wurde vor allem im Rahmen der ein- bis zweimal wöchentlich auf Seite 6 erscheinenden *Wolna trybuna* (dt. *Freie Tribüne*) ein eigener Raum zugestanden (ebd.).

4. Frame 1: Vernünftige Kandidaten und unvernünftige Boykotteure – die Wahlen 1989 als Lackmustest

Die ersten Texte in der *Gazeta Wyborcza*, in denen WiP erwähnt wurde, standen dann auch in diesem Kontext. Anders als die Redaktion der *Gazeta Wyborcza* war WiP über die Frage nach dem Standpunkt zu den halbfreien Wahlen gespalten. Während bekannte Vertreter wie Jan Maria Rokita in Krakau oder Radosław Gawlik in Breslau auf den Listen des Bürgerkomitees der „Solidarność“ für die Wahlen antraten (Kenney 2002, S. 259 f.), kritisierte ein Teil der Bewegung die Einigung auf halbfreie Wahlen am Runden Tisch scharf und rief teils zu einem Wahlboykott auf (Litwińska 2015,

S. 495 f.). Bereits Ende Februar 1989 hatten sich auf dem *Kongress der anti-systemischen Opposition* (poln.: *Kongres Opozycji Antyustrojowej*) in Jastrzębie-Zdrój VertreterInnen von oppositionellen Gruppen getroffen, die gegen Verhandlungen mit der Regierung am Runden Tisch waren, darunter auch Teile von WiP und GegnerInnen von Lech Wałęsas Kurs aus der *Solidarność* selbst (ebd., S. 456 f.). In einer Verlautbarung des Kongresses hieß es: „Kompromisse mit den Kommunisten, unabhängig von den Intentionen derer, die sie schließen, dienen allein der Aufrechterhaltung des zusammenbrechenden Regimes“ (zit. nach ebd., S. 457).

Wojciech Giełżyński brachte für derartige Positionen in einem Kommentar zu Spaltungstendenzen in der Opposition, der am 11. Mai 1989 unter dem Titel „Letztes Klingeln“ (*Ostatni Dzwonek*) auf Seite 3 der *Gazeta Wyborcza* erschien, wenig Verständnis auf. Dass einzelne „radikale Gruppierungen“ nicht zu einem vertretbaren politischen Preis hätten eingebunden werden können, sei unvermeidbar gewesen. Zum Glück seien ihre SympathisantInnen keineswegs zahlreich und ein Teil der „emotionalisierten und von emotionalen Slogans hypnotisierten Jugend“ ließe sich vielleicht auch noch überzeugen:

„Man kann auch einen beträchtlichen Teil der Jugend, die heute von emotionalen Slogans hypnotisiert ist, auf sich vereinen, wenn die AktivistInnen des [Unabhängigen Studentenverbands, J. N.] NZS und die vernünftigeren unter den Anhängern der Bewegung ‚*Wolność i Pokój*‘ erschaffen, sich der radikalen Demagogie unter ihren Kollegen entgegenzustellen. An manchen Orten gelingt das bereits.“ (*Gazeta Wyborcza*, 11.05.1989, S. 3.)

Die Ablehnung der halbfreien Wahlen als „unvernünftig“ zeigt sich auch in Piotr Giedrowiczs Ende Mai, vier Tage vor den Wahlen, erschienenem Bericht über den zweiten *Kongress der antisystemischen Opposition*. Dieser hatte am 21. Mai auf Einladung von WiP und der *PPS-RD* (Polnische Sozialistische Partei-Demokratische Revolution), einer Abspaltung der 1987 in Anknüpfung an die sozialistische Partei der Zwischenkriegszeit wiedergegründeten *Polnischen Sozialistischen Partei (PPS)*⁷, in Krakau stattgefunden.

7 Die *PPS-RD* hatte sich Ende 1988 von der *PPS* abgespalten; Streitpunkt waren die Gespräche am Runden Tisch und die programmatische Ausrichtung. Während eine Gruppe um Piotr Ikonowicz, die spätere *PPS-RD*, Kompromisse mit der kommunistischen Führung ablehnte und sich programmatisch an der westeuropäischen Neuen Linken orientieren wollte, stand der übrige Teil der *PPS* um Jan-Józef Lipski für eine

den.⁸ Worum es dabei ging, war, so der Tenor von Giedrowiczs Text, allerdings mehr als vage. Er stellt das Treffen als karnevaleske Veranstaltung dar: wenige TeilnehmerInnen, ausufernde und abschweifende Diskussionen, kein klares Ziel. Dieser Eindruck entsteht vor allem durch die Komposition des Artikels: Giedrowicz montiert stakkatoartig Zitate aus Redebeiträgen und Positionspapieren aneinander, gespickt mit persönlich gehaltenen kommentierenden Einschüben: „Ein Stein fiel mir vom Herzen, als ich hörte, dass ‚die Kommunisten unsere Hauptgegner sind, nicht Wałęsa, Bujak und Frasyński‘ [führende Politiker aus dem Solidarność-Lager, J. N.]“. In der Rolle des ‚wirren Zeremonienmeisters‘ tritt in Giedrowiczs Artikel der Hauptorganisator des Treffens, Piotr Ikonowicz von der PPS-RD auf, mit dem vor allem die Warschauer WiP-Gruppe im Jahr 1989 zusammenarbeitete (vgl. Ziolkowski 2010):

„Als er den Kongress eröffnete, sagte Piotr Ikonowicz: ‚Nichts Wichtiges wird hier gelöst werden.‘ Wie üblich hatte er Recht. Schade nur, dass der Kongress nicht auf die Frage antwortete, die im Meer von Verbitterung und Exaltiertheit unterging: ‚Geht es um das geschickte Herbeiführen einer Spaltung in der ‚Solidarność‘ oder um mehr Demokratie?‘“ (Gazeta Wyborcza, 30.05.1989, S. 6.)

Den verbitterten, exaltierten, hypnotisierten und emotionalen jugendlichen WahlgegnerInnen von WiP, die in den Wahlen vom Juni 1989 keine grundlegende Wende sahen (Litwińska 2015, S. 496), stellte die Gazeta Wyborcza in zwei Artikeln wenige Tage vor den Wahlen die „vernünftige“ Seite von WiP gegenüber: Die WiP-Kandidaten von der Liste des Bürgerkomitees in Breslau (Radosław Gawlik) und Krakau (Jan Rokita). Gawlik wurde Ende Mai 1989 von der späteren Chefredakteurin der Breslauer Lokalausgabe, Barbara Piegdoń, interviewt (Gazeta Wyborcza, 31.05.1989, S. 5). Das Setting des Interviews: Gawlik besucht Studierende der Breslauer Universität auf ihrem Streik für die Legalisierung des 1980 gegründeten oppositionellen Studierendenverbands NZS (Niezależne Zrzeszenie Studentów). Die Ablehnung von dessen offizieller Registrierung durch ein Warschauer Gericht Ende Mai 1989 führte zu Streiks an 42 polnischen Hochschulen und brachte einen Teil der Jugend gegen die Solidarność auf, die sich ihrer Meinung

klassisch sozialdemokratische Ausrichtung und war den Gesprächen am Runden Tisch gegenüber aufgeschlossen (Dworaczek 2012).

8 Vgl. Gazeta Wyborcza, 30.05.1989, S. 6. Zum Kongress der antisystemischen Opposition siehe Dudek (2010).

nach am Runden Tisch und in der Zeit danach nicht ausreichend für die Belange der Studierenden eingesetzt hätte (Litwińska 2015, S. 155 ff.). Gawlik zeigt im Interview Verständnis für die Studierenden und sieht deren Engagement positiv:

„Piegoń: Wie unterscheidet sich diese Generation [der Studierenden, J. N.] von der, zu der Sie gehören?

Gawlik: Die politische Situation unterscheidet sich. Die Jugend distanziert sich von uns. Die Mehrheit ist abgestoßen und apathisch. Die, die hier sind, das ist schließlich nur ein geringer Prozentsatz. Vor einem Jahr waren es doppelt so viele. Aber die, die hier sind, das ist eine Avantgarde...“ (Gazeta Wyborcza, 31.05.1989, S. 5)

Positiv bezieht er sich auch auf WiP, dem Gawlik zu dieser Zeit noch angehört, oder, angesichts der offenen Struktur von WiP vielleicht besser: dem er sich zugehörig fühlt.

„Piegoń: Eine weitere Ihrer Leidenschaften ist WiP. Was machen Sie dort?

Gawlik: Vor allem WiP! Damit hat alles angefangen. Ich beschäftige mich dort seit Jahren mit Umweltschutz. Wir geben [...] das ‚Ökologische Bulletin‘ heraus, nehmen an grünen Aktionen teil, kämpfen für die Schließung von Dreckschleuder-Fabriken, vor allem gegen den Bau von Atomkraftwerken, für mehr Grün...“ (Gazeta Wyborcza, 31.05.1989, S. 5)

Ausführlich wird auch Gawliks positive Stellungnahme zur Teilnahme am Runden Tisch und an den Wahlen zitiert:

„Man darf die Chancen, die der Runde Tisch gegeben hat, nicht verschenken. Damit der Umweltschutz anfängt zu funktionieren, sind Veränderungen im System nötig, ein neues Recht, neue Verordnungen. Eine Aufhebung der Zensur auf Umweltinformationen, bürgerschaftlicher Umweltschutz mit voller Freiheit für die Aktivitäten von ‚grünen‘ Personen und Gruppen – das wurde am Runden Tisch garantiert. Jetzt wird niemand mehr bestraft werden, der sich vor Bäume stellt um sie vor dem Bagger zu schützen. Jeder wird das Recht haben zu erfahren, was

man isst und trinkt, was für eine Luft man atmet.“ (Gazeta Wyborcza, 31.05.1989, S. 5)

Anders als bei den WahlgegnerInnen wurden Gawliks inhaltliche Standpunkte so ausführlich dargestellt. Auch Stereotype über „Ökos“ wurden am Ende des Interviews noch geradegerückt:

„Piegdoń: Aber wer wird einen Typen im ausgeleierte Pulli wählen?

Gawlik: Hier war neulich auch ein Amerikaner, der hat das gleiche gefragt. Er hat gesagt, dass man einen Slogan, ein Symbol und Geld für die Kampagne braucht. Ich glaube, die Leute in unserem Land haben genug von Slogans und Symbolen. Sie brauchen eher Konkretes, und wir, die Kandidaten der ‚Solidarność‘, sagen und versprechen konkrete Dinge. Der Pulli ist meine Alltagskleidung, der Kampf für die Umwelt ist meine tägliche Beschäftigung und ich finde nicht, dass man sich dafür einen Anzug anziehen muss.“ (Gazeta Wyborcza, 31.05.1989, S. 5)

Mit Radosław Gawlik, und in einem ähnlichen Artikel auch dem ehemaligen Krakauer WiP-Aktivisten Jan Rokita, wurde der „chaotischen Jugendfraktion“ von WiP so eine moderate, konkrete und glaubwürdige Alternative gegenübergestellt. Ein langjähriger, passionierter Aktivist, der unkonventionell und authentisch⁹ im Pulli für die Umwelt kämpft und die Chancen nutzt, die ihm der Systemwandel bietet. Anstatt sie, so das Framing, in sektiererischer und idealistischer Manie leichtfertig zu vergeben. Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Gawlik mag tatsächlich der erfahrenere und inhaltlich fundiertere aufgestellte Politiker gewesen sein und der *Kongress der antisystemischen Opposition* war unter Umständen tatsächlich inhaltlich und organisatorisch chaotisch. Zumindest gelang es auf ihm nicht, eine dauerhafte und für breitere Schichten ansprechende Alternative zur Mehrheitsposition der Solidarność zu etablieren (vgl. Dudek 2010). Dennoch ist es die Art der Präsentation, die die verschiedenen Positionen innerhalb von WiP zu den halbfreien Wahlen am 4. Juni unterschiedlich wertet. Während bei den WahlgegnerInnen das „Dagegensein“ im Vordergrund stand, wurde

9 Zur Bedeutung von „Authentizität“ in der Alternativbewegung der 1970er und 1980er Jahre siehe Reichhardt (2014, S. 99–187). Was Authentizitätssymbole wie Wollpullover oder Bärte anbelangt, scheint die polnische Ökologiebewegung ihrem westdeutschen Pendant ähnlich gewesen zu sein. Derartige Transferprozesse harren jedoch bislang noch der Erforschung. Für einen ersten Ansatz siehe Ostolski (2008).

bei dem Text über Gawlik Raum für Inhalte gegeben. Klar wird dies vor allem dann, wenn man sich mögliche Alternativen vor Augen hält: Im Januar 1990, freilich ein halbes Jahr nach der aufgeheizten Stimmung rund um die Wahlen im Juni 1989, veröffentlichte die Pfadfinderzeitschrift *Na Przelaj*, eine Jugendzeitschrift, die in der potentiellen Zielgruppe von WiP viele LeserInnen hatte (Skruwa 2014, S. 79–89), ein dreiseitiges Gespräch zu den politischen Veränderungen des Jahres 1989 mit jungen VertreterInnen verschiedener politischer Gruppierungen (*Na Przelaj* 18.01.1990, S. 9 ff.). Dabei waren mit Andrzej Szulc und Tomasz Burek auch zwei Vertreter von WiP. Vor allem Burek kritisierte die halbfreien Wahlen als wenig repräsentativ und wies auf Demokratiedefizite angesichts der weiter bestehenden Zensur¹⁰ und des Pressemonopols hin.¹¹ Er erntete dafür Widerspruch – aber im Gegensatz zum Framing der WahlkritikerInnen in der *Gazeta Wyborcza* wurde in *Na Przelaj* seine Position als eine von vielen möglichen politischen Positionen gerahmt und nicht als schlichtes, tendenziell unpolitisches „Dagegensein“. Auch in der *Gazeta Wyborcza* kamen, wie bereits erwähnt, in der eigens für dieses Spektrum der Opposition eingerichteten *Freien Tribüne* von Anfang an KritikerInnen der Einigungen am Runden Tisch zu Wort. Durch die eigene Kolumne wurden solche Positionen allerdings gleichsam ausgelagert und nicht als integraler Bestandteil tagesaktueller Debatten thematisiert. In einer kritischen Bestandsaufnahme anlässlich der 25. Ausgabe der Kolumne im September 1989 kritisierte einer der Beiträger der Kolumne, der WiP-Mitgründer und Aktivist der oben bereits erwähnten PPS-RD, Grzegorz Ilka, sie dann auch als Feigenblatt: „Diese Kolumne entstand als eine Art schlechtes Gewissen der *Solidarność*. Denn die *Solidarność* kämpfte und kämpft für Pluralismus. Eine einzelne Zeitung kann aber nicht pluralistisch sein“ (*Gazeta Wyborcza*, 13.09.1989, S. 6.). Zumindest dann nicht, wäre Ilkas Standpunkt zu erweitern, wenn sie gleichzeitig Zeitung und Wahlkampfmedium für einen Teil der Opposition sein soll. Aktivitäten des Teils von WiP, der den Wahlen kritisch gegenüber stand, wurden so zwangsläufig negativ gerahmt. Dieses Vorgehen führte andernorts in der oppositionellen Presse teils zu scharfer Kritik an der *Gazeta Wyborcza*: Diejenigen, die vor 1989 unter der manipulativen Presse des Regimes gelitten hätten, würden im Wahlkampf 1989 nun selbst ähnliche Methoden anwenden, hieß es etwa in einem offenen Brief an die Redaktion der *Gazeta Wyborcza*, der im Mai 1989 in der *Bromberger* (poln.: *Byd-*

10 Sie wurde formal erst im April 1990 aufgehoben. Vgl. Dobosz (1999, S. 72 ff.).

11 Vgl. dazu auch eine entsprechende Resolution auf dem polenweiten WiP-Treffen in Krakau am 13./14. Januar 1990. Litwińska (2015, S. 514 f.).

goszcz) Gewerkschaftszeitung *Wolne Zwiqzki* (dt.: Freie Gewerkschaften) veröffentlicht wurde (Churska 2012, S. 152). Derartige Stimmen waren aber in der Minderheit. Die Mehrheit der oppositionellen Presse stand den Wahlen, vor allem nach dem sensationellen Erfolg der KandidatInnen der *Solidarność*, positiv gegenüber (vgl. Szulc 2012, S. 170). Für die *Wspólnota WiP* (dt. *Gemeinschaft WiP*), eine Breslauer Abspaltung von WiP, die für die Wahlen 1989 kandidiert hatte, von den LeserInnen aber kaum von WiP zu unterscheiden gewesen sein dürfte¹², kommentierte deren Kandidat und nebenbei Breslauer Lokalkorrespondent der *Gazeta Wyborcza*, Leszek Budrewicz, in der *Gazeta Wyborcza* vom 24.08.1989 die Regierungsübernahme von Tadeusz Mazowiecki entsprechend positiv:

„Dass Mazowiecki als Premier designiert wurde, bietet eine große Chance für eine konkrete Wende, die den Menschen die Hoffnung geben würde, dass alles, was die ‚Solidarność‘ zur Zeit des Runden Tisches sowie vor und nach den Wahlen gesagt und versprochen hat, grundsätzlich passiert.“ (*Gazeta Wyborcza*, 24.08.1989, S. 6)

Ähnlich wie vor den Wahlen Gawlik, gab die *Gazeta Wyborcza* so auch nach den Wahlen vor allem den „positiven“ Stimmen innerhalb von WiP Raum. Die schon 1989 bei älteren Oppositionellen vorhandene kritische Distanz etablierter Oppositioneller zum „jugendlichen Eifer“ von neuen oppositionellen Gruppen wie WiP (Gerland 2016, S. 277 ff.; Wierzbicki 2013, S. 287–292) setzte sich damit auch in der Berichterstattung der *Gazeta Wyborcza* fort. Es war, betrachtet man diese Entwicklung im dominierenden Framing der *Gazeta Wyborcza*, der junge und idealistisch-unvernünftige Teil von WiP, der nach dem Ende des Kommunismus unter dem alten Namen und mit ähnlichen Aktionsformen weitermachte.

12 Auch die Redaktion der *Gazeta Wyborcza* brachte beides durcheinander, wovon eine Berichtigung in der Ausgabe vom 01.06.1989 mit dem Titel „Nicht WiP hat protestiert“ zeugt. Die *Wyborcza* hatte in einem Artikel über eine Kundgebung gegen Lech Wałęsa statt „Wspólnota WiP“ „WiP“ als Organisator angegeben. Vgl. *Gazeta Wyborcza*, (01.06.1989, S. 6).

5. Frame 2: Die Jugend engagiert sich oder macht Krawall – das Framing von WiP-Demonstrationen im Jahr des Systemwechsels 1989/90

Neben den Wahlen waren vor allem die Übernahme des neu geschaffenen Präsidentenamts durch Wojciech Jaruzelski, der Verbleib Polens im Warschauer Pakt und die Frage nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte, erneute Schwierigkeiten beim Wehrersatzdienst und der Weiterbau des Atomkraftwerks in Żarnowiec bei Danzig Auslöser für Proteste von WiP, über die auch die *Gazeta Wyborcza* berichtete. Die meisten Artikel über derartige Demonstrationen waren kurz und stellten vor allem das Ereignis des Protests, nicht jedoch dessen Motive und Ziele in den Vordergrund.

5.1 Jugendliche machen Krawall: Framings der anti-sowjetischen Demonstrationen in Krakau im Jahr 1989

Dies betraf vor allem Demonstrationen, die einen radikaleren Bruch mit dem kommunistischen System forderten und sich gegen Kompromisse mit der Regierung aussprachen. Die *Gazeta Wyborcza* framte sie oft schlicht als jugendliche „Krawalle“ („zadymy“), wie in einem Artikel von Włodzimierz Słowiński und Tadeusz Pikulicki vom 23. Juni 1989 zu Protesten jugendlicher Gruppen gegen Wojciech Jaruzelskis Präsidentschaftskandidatur und den Verbleib sowjetischer Truppen in Polen, der dieses Framing gleich im Titel trug:

„Krawalle

Am Mittwoch und Donnerstag zogen durch mehrere polnische Großstädte Jugendkrawalle unterschiedlicher Intensität und Größe. Ihr gemeinsamer Slogan war die Ablehnung der Übernahme des Präsidentenamts durch General Jaruzelski und die Forderung nach einem Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen.“ (*Gazeta Wyborcza*, 23.06.1989, S. 2)

Ähnlich im Stil geriet auch ein kurzer Bericht über eine Solidaritätsdemonstration mit streikenden sowjetischen BergarbeiterInnen, die WiP gemeinsam mit der *Anarchistischen Städtevernetzung* (*Międzymiastówka*

Anarchistyczna, MA)¹³ Anfang November vor der sowjetischen Botschaft in Warschau organisiert hatte:

„Brüderliche Krawalle

„Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern von Workuta“, so der Slogan einer am 7. November von PPS-RD, WiP und der Front für eine befreite Gesellschaft (Front wyzwolenia społecznego) organisierten Kundgebung vor der sowjetischen Botschaft in Warschau mit knapp einem Dutzend Teilnehmern. Die Miliz nahm alle Teilnehmer kurz fest.

Um 16 Uhr begann auf Initiative der Międzomiastówka Anarchistyczna die nächste Demonstration vor der Botschaft. Man forderte nun die Freilassung der eine Stunde vorher festgenommenen Kollegen. Wieder intervenierte die Miliz. Die nächsten Gruppen Demonstranten gelangten um 18 und 19.30 Uhr vor das Botschaftsgebäude. Auch dieses Mal nahm die Miliz die Teilnehmer fest.

Am Dienstagabend fand in der Botschaft der UdSSR aus Anlass des 72. Jahrestages der Oktoberrevolution ein Bankett statt, an dem Präsident Jaruzelski und Premier Mazowiecki teilnahmen.

In Zopott demonstrierten am 7. November Mitglieder der Föderation der kämpfenden Jugend (FMW) gegen den Russischunterricht als Pflichtfach. Die Protestierenden verbrannten Russischbücher und sowjetische Zeitungen.“ (Gazeta Wyborcza, 08.11.1989, S. 2)

Mit Sarah Ertl lassen sich derartige Texte als protestparadigmatische Berichterstattung fassen: Der Protest und die Auseinandersetzung mit der Polizei stehen im Vordergrund; die Protestierenden werden als anonyme Gruppe präsentiert; auf Inhalte und den Kontext der Demonstration wird dagegen nicht eingegangen, Protestaktionen werden so tendenziell depolitisiert. Ertl bezeichnet diese Art der Berichterstattung auch als „negative Spektakularisierung“ (Ertl 2015, S. 148). Der Bericht über die Kundgebungen vor der sowjetischen Botschaft ging noch darüber hinaus. Kleine, ergo:

13 Netzwerk anarchistischer Gruppen in Polen, gegründet im Mai 1988 auf maßgebliche Initiative der Danziger Gruppe *Bewegung für eine alternative Gesellschaft (Ruch Społeczeństwa Alternatywnego, RSA)*. Wandelte sich Ende 1989 zur *Anarchistischen Föderation (Federacja Anarchistyczna, FA)*. Siehe dazu Antonów (2004, S. 295–305).

unbedeutende Grüppchen, die sich ein Katz und Maus-Spiel mit der Polizei liefern und darüber das eigentliche Thema ihrer Demonstration vergessen: Diese Schilderung wirkt grotesk und gezielt diskreditierend.

Gegen eine derartige Interpretation lassen sich freilich zwei grundlegende Einwände formulieren. Zum einen bestand, wie oben bereits erwähnt, die Zensur bis April 1990 fort. De facto nahm sie zwar kaum mehr direkte Eingriffe in Presstexte vor, das Verhältnis zur Sowjetunion wurde aber sowohl von den alten als auch den neuen Machthabern als heikles Thema angesehen (vgl. Dudek 2007, S. 60–67). Und das Beispiel eines kurzen Berichts zu einer von WiP organisierten Solidaritätsdemonstration mit den Protesten in der DDR von Oktober 1989, bei dem offensichtlich ein Teil der im Text zitierten Demonstrationslogos zensiert wurde¹⁴, zeigt, dass der Zensurparagraf, der „die Außenpolitik der VR Polen schädigende Äußerungen“¹⁵ verbot, in Einzelfällen durchaus noch angewandt wurde. Im Artikel zur Demonstration vor der sowjetischen Botschaft im November 1989 und in anderen, ähnlich aufgebauten Protestberichten, fehlt jedoch ein Hinweis auf Zensur. Wichtiger erscheint deshalb die Frage, wie der Bericht von einer Auseinandersetzung mit der Polizei auf die polnischen LeserInnen Anfang der 1990er Jahre gewirkt haben könnte. Die Miliz und vor allem die Bereitschaftspolizei ZOMO waren als Symbole des Kriegszustands äußerst unbeliebt. In einer Umfrage von 1992, immerhin drei Jahre nach dem Systemwechsel und den damit verbundenen strukturellen Veränderungen auch in der Polizei¹⁶, zeigte nur ein Drittel der Befragten Verständnis für polizeiliche Interventionen bei Protesten. Das Framing „DemonstrantInnen gegen die Polizei“ muss so nicht zwangsläufig als diskreditierend intendiert und von den RezipientInnen nicht unbedingt negativ wahrgenommen worden sein, wie es Ertls Definition von „Protestparadigma“ als negativer Protestberichterstattung nahelegt. Vielmehr war in der oppositionellen Auseinandersetzung mit dem sozialistischen System die Unterbindung von Protest durch die Miliz nicht selten Teil des performativen Pro-

14 Vgl. Gazeta Wyborcza, 06.10.1989, S. 2: „[...] Die Demonstranten trugen Transparente mit den Slogans „Grüße an das Neue Forum“, „Freiheit für die DDR“. ----“ Danach folgt die Angabe des Zensurparagrafen („art. 2 p. 3 Ust. o Kontr. Publ. i Wid. z 31 VII 81, Dz. U. 20, poz. 99, z późniejszymi zmianami“).

15 Art. 2, Abs. 3 des „Gesetzes vom 31.07.1981 zur Kontrolle von Publikationen und Aufführungen“ [Ustawa z dnia 31. lipca 1981 r. o kontroli publikacji i widowisk, Dz.U. 1981 nr 20 poz. 99]. Online einsehbar unter: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19810200099+1990%2406%2405&min=1> (zuletzt aufgerufen am 20.10.2016).

16 So wurde im April 1990 die Miliz in Polizei umbenannt und die bei Oppositionellen gefürchtete und verhasste Bereitschaftspolizei ZOMO aufgelöst (Chwalba 2010, S. 68).

testakts: Das staatliche Eingreifen gab auch kleinen Kundgebungen den Nimbus der Systemkritik und -destabilisierung.¹⁷ Auch vor 1989 endeten Demonstrationen teils gewaltsam. Dies wurde von Teilen der Opposition und vor allem den sich auf den Grundsatz „no violence“ berufenden WiP durchaus kritisch gesehen, führte aber nicht zu einer Delegitimierung der Proteste. Vielmehr wurde der Ausbruch von Gewalt in oppositionellen Medien in der Regel übergangen oder Provokationen durch die Miliz angelastet (Ost 2005, S. 104 f.). Proteste gegen das kommunistische System galten, wie Adam Ostolski anhand von Feuilletons des Oppositionellen und späteren Chefredakteurs der *Gazeta Wyborcza*, Adam Michnik, aus der Transformationszeit nachweist, vor 1989 generell als demokratisches Aufbegehren gegen ein totalitäres System. In der neuen Demokratie wurden, so Ostolski, die gleichen Umwelt-, Friedens- oder ArbeiterInnenproteste aus dieser Perspektive im Umkehrschluss aber als antidemokratisch gedeutet und diskreditiert (Ostolski 2010, S. 207 f.). Dazu trägt das in den oben zitierten und auch in anderen, ähnlich aufgebauten Artikeln dominierende Framing bei: Inhalte und Motive des Protests wurden durch die Betonung, erstens, des reinen Protests einer, zweitens, anonymen, unvernünftigen und unerfahrenen Gruppe („Jugendkrawall“) entweder gar nicht genannt oder nicht weiter thematisiert.

Dieses Framing wird vor allem bei den Berichten zu den teilweise tatsächlich in Gewalt endenden antisowjetischen Protesten in Krakau 1989 deutlich sichtbar.¹⁸ So überschrieb die *Gazeta Wyborcza* etwa einen am 14.12.1989, einen Tag nach dem Jahrestags der Ausrufung des Kriegsrechts 1981, auf Seite 1 erschienenen Artikel symbolträchtig mit „Vergeben oder hassen“ (*Gazeta Wyborcza*, 14.12.1989, S. 1). Der Artikel öffnete mit den versöhnlichen Worten von Pfarrer Jan Sikorski auf einem Gedenkgottesdienst im Warschauer Stahlwerk Huta Warszawa:

„Wir, die wir erfahren haben, was Hass ist, begegnen in dieser schwarzen Dezembernacht allen mit Liebe, auch denen, die gegen uns sind.“
(*Gazeta Wyborcza*, 14.12.1989, S. 1.)

Danach folgt, ohne Überleitung, die Schilderung eines Protests von WiP-AktivistInnen im Krakauer Stadtzentrum:

17 Die satirischen Protesthappenings der Breslauer „Orangenen Alternative“ planten etwa das Eingreifen der Miliz als Teil der Performance ein. Vgl. Szymanski (2012, S. 235 ff.).

18 Damit bildeten diese Proteste aber auch für WiP-Demonstrationen nach 1989 eine Ausnahme. Vgl. Kenney (2002, S. 261).

„In Krakau drang eine Gruppe von 50 WiP-Sympathisanten in den Sitz des Wojewodschaftskomitees [der kommunistischen Partei, J. N.] ein, wo sie einen Kiosk anzündete.“ (Gazeta Wyborcza, 14.12.1989, S. 1.)

So wird eine Parallelität beider Ereignisse im Sinne der Überschrift konstruiert: Vergeben – der Gottesdienst – oder hassen – die WiP-Demonstration. Der Artikel fährt in diesem Schema fort: Versöhnlichen und siegessicheren Worten von Lech Wałęsa, Regierungssprecherin Małgorzata Niezabitowska und der Solidarność-Parlamentsfraktion – „Solidarisch haben wir die Ideale des August [1980, Höhepunkt der Solidarność-Streiks 1980, J. N.] in die Epoche des osteuropäischen ‚Völkerfrühlings‘ getragen. Polen muss siegen. Diesmal wird uns niemand dabei stören“ – folgt eine ausführlichere Beschreibung der WiP-Demonstration. Die Auflösung der gewalttätigen Demonstration durch die Polizei steht am Ende des Artikels und wird positiv gerahmt:

„[...] Über den Markt, wo sie eine Bude der Miliz zerstörten, kehrten sie zum Gebäude des Komitees zurück. Hier schlugen sie zehn Scheiben ein, hängten Türen aus und legten Feuer. In dieser Situation traf General Gruba, noch bevor die Zustimmung der Regierung eintraf, selbstständig die Entscheidung zum Einsatz der Präventionsabteilung der Miliz. Sie löschte das Feuer im Wojewodschaftskomitee. Sechs Personen im Alter 16–25 Jahre wurden festgenommen.“ (Gazeta Wyborcza, 14.12.1989, S. 1.)

Der Artikel rahmt so die WiP-Demonstration als Spur der Verwüstung, den Milizkommandeur als besonnenen, bei eventuell aufkommender Kritik am Einsatz aber gleichsam präventiv als selbstverantwortlich handelnd dargestellten „Macher“, und die Regierung als versöhnliche Stimme der Vernunft. Die Demonstrierenden wurden dagegen als anonyme, zerstörungswütige Menge gerahmt, ihr Motiv durch die Überschrift „Hass“ lediglich angedeutet, damit aber gleichzeitig diskreditiert und wiederum entpolitisiert.

Nur ein Text in der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza über die Unruhen in Krakau des Jahres 1989 ließ AktivistInnen von WiP direkt zu Wort kommen. Er erschien bereits Ende Juni 1989, also nur zwei Monate nach der Gründung der Zeitung, und wurde von Barbara Hrybacz verfasst, die selbst seit 1985 federführend bei WiP aktiv war (vgl. Litwińska 2015, S. 171 f.; Smółka-Gnauck 2012, S. 59 f.). Sie war daneben seit 1988 für Radio Free Europe tätig und von Gründung der Gazeta Wyborcza bis ungefähr

1991 dort vor allem für Berichte zu alternativen Jugendbewegungen zuständig.¹⁹ Unter dem Titel „Über Freiheit und Frieden in Galizien“ veröffentlichte sie am 26.06.1989 ein ausführliches Gespräch mit Jan Rojek, Grzegorz Suda und Przemysław Mięgała von der Krakauer WiP-Gruppe (Gazeta Wyborcza, 26.06.1989, S. 6). Der Text begann mit einer Reihe von Fragen, die Hrybacz ihnen gleichsam im Namen der LeserInnen stellte:

„Warum ist Krakau so oft der Austragungsort von Demonstrationen? Wie vereinbaren die Organisatoren dieser Aktionen, in der Mehrzahl Mitglieder der Bewegung ‚WiP‘, den Grundsatz non violence mit dem Verlauf mancher dieser Demonstrationen? In wie weit fühlen sie sich für ihren Verlauf verantwortlich? Sind Demonstrationen das einzige Mittel um seine Meinungen kund zu tun?“ (Gazeta Wyborcza, 26.06.1989, S. 6)

Außer den Eröffnungsfragen kamen im Folgenden ausschließlich die WiP-AktivistInnen²⁰ zu Wort; eine Einordnung oder Bewertung ihrer Aussagen wurde durch Hrybacz nicht vorgenommen. Alle drei wehren sich gegen den Vorwurf, dass die Gewalt auf den Demonstrationen von ihnen ausging und betonen das ihrer Ansicht nach unnötig gewaltsame Eingreifen der Bereitschaftspolizei. Sie verweisen aber auch darauf, dass sich die Ausgangssituation von Demonstrationen grundsätzlich geändert habe:

„Grzegorz Surda: Du suggerierst, dass die Demonstrationen nur einfach so organisiert werden, um Krawall zu machen. Dabei haben sie konkrete Ziele, sei es der Ausdruck von Solidarität mit den chinesischen Studenten, die Forderung nach einem Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen oder auch dass wir uns, wie neulich, dagegen wehren, dass W. Jaruzelski zum Präsident gemacht werden soll. Du erinnerst dich doch wohl daran, dass ‚WiP‘ alle seine Erfolge durch Demonstrationen erreicht hat.

19 Zu Hrybaczs Tätigkeit bei Radio Free Europe siehe Interviews mit ihr als Zeitzeugin auf der Themenseite zur polnischen Sektion bei RFE auf der Homepage des Polnischen Radio www.polskieradio.pl/Barbara-Hrybacz/Tag91257 (Abruf 10.12.2016).

20 Es waren, wie in den meisten Berichten, in denen WiP-AktivistInnen namentlich erwähnt wurden, tatsächlich nur Männer. Zur Dominanz einer männlichen Perspektive auf die Definition oppositionellen Verhaltens in Polen vor 1989 und entsprechende Lücken in der historischen Forschung siehe grundlegend Kenney (1999).

Przemysław Migala: Und dabei kann die Art der Demonstrationen von Gestern, sowas wie eine Kundgebung mit ein paar Dutzend Leuten, heute kein Echo mehr hervorrufen. Es zählen nur noch Demonstrationen mit Tausenden von Teilnehmern. Sie müssen wirklich riesig sein, damit sie gegen die Mauer des Schweigens ankommen, auch in der Presse.“ (Gazeta Wyborcza, 26.06.1989, S. 6)

Auch Jan Rojek kritisierte die Darstellung von Demonstrationen in den Medien:

„Jan Rojek: Man stellt uns vor allem als Gruppe von Krawallmachern dar und übergeht dabei die kulturellen Veranstaltungen, die wir organisieren (einen Abend zum Werk von Havel, Rockkonzerte). Natürlich, ihre Reichweite ist begrenzt, weil man uns keine Gelder für eine eigene Presse oder eigene Klubs zur Verfügung stellt...“ (Gazeta Wyborcza, 26.06.1989, S. 6)

Neben der Presse wurde vor allem die Solidarność Ziel der Kritik der WiP-Aktivist:innen:

„Grzegorz Surda: Die ‚S‘ versucht uns zu erklären, dass sich die Zeiten geändert haben und Demonstrationen (auch Streiks), zu denen sie vorher selbst aufgerufen hat, jetzt schädlich sind. Unserer Meinung nach ist es genau andersrum. Den Fakt, dass die jetzige Regierung mehr erlaubt und sich nicht traut, sich den Demonstranten entgegenzustellen, gilt es zu nutzen. Man darf sich nicht mit dem zufrieden geben, was wir haben, wie das wohl leider die ‚S‘ macht.“ (Gazeta Wyborcza, 26.06.1989, S. 6)

Es gebe, so Migala und Rojek, auch eine kleine Gruppe, die an Demonstrationen teilnähmen, um Krawall zu machen. Diese hätten sie aber unter Kontrolle. Hryniewicz's Text bietet so ein anderes, im Sinne von WiP positiveres, Framing der Demonstrationen an: die Polizei als Auslöser der Proteste; eine veränderte politische und vor allem mediale Landschaft als Grund für radikalere Protestformen; WiP als besonnener und zielorientiert handelnder Akteur, der auf Inhalte setzt und neben Demonstrationen auch kulturelle Veranstaltungen organisiert, von der Presse und den neuen Machthabern jedoch marginalisiert wird; die Solidarność als Bremser in einer politischen Situation, die tiefgreifendere Veränderungen ermöglichen würde. Ein derartiges Framing stellte in der Berichterstattung der Gazeta Wyborcza zu den Demonstrationen von WiP im Jahre 1989 jedoch die

Ausnahme dar. Hrybaczs Text ist, gemeinsam mit dem ebenfalls von Hrybacz verfassten Bericht vom polenweiten WiP-Treffen Anfang Juli 1989 in Dobrzynie Wielkie, in dem sie sich selbst als Kontaktperson für an einem Engagement bei WiP interessierte LeserInnen angibt (Gazeta Wyborcza, 11.07.1989, S. 6.), typisch für Texte der polnischen Untergrund- und Alternativpresse der 1980er und frühen 1990er Jahre, die als schlichte Wiedergabe- und Diskussionsorgane der jeweiligen Gruppierung fungierten. Dass die Gazeta Wyborcza derartige Texte in ihrer Frühphase druckte, sie aber zunehmend aus der Zeitung verschwanden, ist auch ein Anzeichen für einen Professionalisierungsprozess und einer damit einhergehenden zunehmenden Distanz zu den aus der Opposition hervorgegangenen sozialen Bewegungen.²¹

5.2 Gute Ziele, manchmal überzogene Aktionsformen: Zum Framing von WiP als Teil der Ökologie- und Friedensbewegung

Angesichts tatsächlich physisch gewalttätiger Ausschreitungen verwundert diese distanzierte Berichterstattung wenig. Sie überrascht aber bei Protestberichten zu Themen, bei denen sich die Gazeta Wyborcza inhaltlich tendenziell auf einer Linie mit den WiP-DemonstrantInnen befand. Auch sie waren häufig von einer Distanz zu den Aktionen der jugendlichen WiP-AktivistInnen geprägt, selbst wenn deren Framing nicht eindeutig negativ ausfiel. Dies trifft nicht auf alle, aber eben doch einige Berichte über WiP-Proteste gegen den Bau des Atomkraftwerks in Żarnowiec bei Danzig zu. Während die Opposition am Runden Tisch für einen Baustopp eingetreten war, plädierte nach der Regierungsübernahme eine Mehrheit für einen Weiterbau, wenn auch mit westlicher statt sowjetischer Technik. Die mit WiP verbundenen Abgeordneten Radosław Gawlik und Janusz Okrzesik und VertreterInnen der lokalen Solidarność traten zwar weiter für einen Baustopp ein, letztlich waren es aber Proteste unter maßgeblicher Beteiligung von WiP und mit ihm verbundener internationaler Umweltorganisa-

21 Vgl. Hadamik: „Viele Medienvertreter betrachteten ihre Arbeit lange Zeit als eine Fortführung ihres politischen Engagements. [...] Es dauerte einige Jahre bis bei den Medien [...] ein Lernprozess einsetzte und Journalisten erkannten, dass die Zeiten des Kampfes zu Ende waren und in der neuen demokratischen Gesellschaftsordnung Professionalität und Unparteilichkeit vor persönlichen Sympathien und Wünschen stehen müssen.“ (Hadamik 2001, S. 163)

tionen wie Greenpeace, die für den nötigen Druck auf die Regierung sorgten, die den Bau im Mai 1990 endgültig stoppte (Litwińska 2015, S. 307 ff.; Szulecki/Waluszko/Borewicz 2015; Waluszko 2013). Die Gazeta Wyborcza hatte schon im Juli 1989 Nachrichten über einen möglichen Baustopp aufgrund fehlender Haushaltsmittel begrüßt (Gazeta Wyborcza, 26.07.1989, S. 2). Als im Dezember 1989 jugendliche AktivistInnen von WiP und anderen Gruppen, vor allem aus dem ökologischen und anarchistischen Spektrum, den Containerhafen in Gdynia (Gdingen) blockierten und in den Hungerstreik traten, um die Anlieferung von Reaktorteilen zu verhindern, fiel die Berichterstattung der Gazeta Wyborcza dazu allerdings eher distanziert aus. Die Protestierenden wurden in der zweiseitigen Reportage von Paweł Smoleński wiederum als „Jugendliche“ und der Konflikt um den Bau des Atomkraftwerks als „Generationenkonflikt“ gerahmt:

„Sie sagen, dass sie schon einen ausreichenden Preis für die Experimente der Eltern gezahlt haben. Nicht nur für Żarnowiec. Für alle. Die Jugend will ein Referendum, das über den Bau des Żarnowiecer Kraftwerks entscheiden soll. Sie ist überzeugt, dass sie auf diese Weise gewinnen wird. Fürs erste haben sie nicht gewonnen. Sie wurden, wie die Danziger Informationsagentur der Solidarność informiert, brutal von Arbeitern des Kraftwerks zusammengeschlagen, die einen Teil des Reaktors nach Żarnowiec eskortierten. Eltern schlugen Kinder, weil der Konflikt zwischen den Protestierern und dem Kraftwerk auch – oder vielleicht vor allem – ein Generationenkonflikt ist. Er wurde für einen Augenblick ohne Experimente gelöst, mit der traditionellen Methode eines Schlags auf den Kopf. Der einfachsten und gleichzeitig dümmsten Methode.“ (Gazeta Wyborcza, 19.12.1989, S. 4 f.)

Die „Elterngeneration“ kam in diesem Framing nicht gut weg. Aber auch die Jugendlichen ProtestiererInnen wurden als Gruppe gezeichnet, die altklug und desillusioniert in alle Richtungen Forderungen aufstellt, damit jedoch wenig erfolgreich ist:

„Die Jugend nimmt übel:

Der ‚Solidarność‘-Gruppe des Containerterminals, dass sie sie nur am Anfang unterstützt hat und später – zufrieden damit, dass sie am Protest teilgenommen hat – die Hände in den Schoß gelegt hat

Den regionalen Gremien der ‚Solidarność‘: das Gleiche.

Der ‚Gazeta Wyborcza‘, dass ihre Journalisten sich während der ersten 3 Wochen der Kundgebung nicht im Gdingener Hafen haben blicken las-

sen, dabei sei das eine gewichtige Angelegenheit.

Dem Danziger Fernsehen: das Gleiche.

Der Regierung von Tadeusz Mazowiecki, dass sie den Baustopp zu Unrecht aufschiebt und dabei den ‚Antiatomstandpunkt‘ der ‚Solidarność‘ am Runden Tisch vergisst.“ (Gazeta Wyborcza, 19.12.1989, S. 4 f.)

Dieses Framing änderte sich allerdings mit der Fortsetzung des Hungerstreiks, über den die Gazeta Wyborcza im Januar 1990 zwei Mal berichtete. Von „Jugendlichen“ war in beiden Artikeln nicht mehr die Rede – vielmehr erfuhren die LeserInnen der Zeitung am 18.01.1989 in einem kurzen Artikel mit dem Titel „Tag 41 des Hungerstreiks“ (Gazeta Wyborcza, 18.01.1990, S. 2), dass zwei der fünf Hungerstreikenden bereits 30 bzw. 31 Jahre alt waren (die übrigen Anfang 20). Die Hungerstreikenden wurden namentlich benannt und der Protest somit personalisiert; der Artikel endete mit der Information über die kritische Haltung des obersten Gremiums der Solidarność an der ablehnenden Haltung des Nationalrats zu einem Referendum über den Kraftwerksbau. Anders als in einem Bericht zu einer ähnlichen Aktion im November, bei dem unter dem Titel „Einsame Kundgebung“ vor allem das Desinteresse der Warschauer Bevölkerung an Demonstrationen gegen Żarnowiec in den Vordergrund gerückt wurde (Gazeta Wyborcza, 06.11.1989, S. 2)²², wurde eine von WiP einen Tag zuvor in Warschau organisierte Straßenblockade in Solidarität mit den Hungerstreikenden nun neutral gerahmt (Gazeta Wyborcza, 18.01.1989, S. 2).

Ein erneuter Bericht zum Hungerstreik mit dem Titel „Hungerstreik und Unterstützung“ (Gazeta Wyborcza, 20.01.1990, S. 2) zwei Tage später lässt sich geradewegs als Mobilisierungstext interpretieren. Verfasst wurde der Text von Magdalena Papuzińska, der seit der Gründung der Gazeta Wyborcza für ökologische Themen zuständige Redakteurin (vgl. Bożek/Wajrak 2014). Er begann mit dem Bericht von einer Kundgebung vor dem Sejm in Solidarität mit den Hungerstreikenden, organisiert von WiP, der *Föderation der Grünen (Federacja Zielonych)* und „Unabhängigen aus der Grünen Partei“ (*Partia Zielonych*), die aus verschiedenen Städten angereist waren. Drei Forderungen wurden kommentarlos aufgezählt:

22 Dort hieß es unter anderem: „Zwei Versammlungen, eine ökologische Demonstration auf den Straßen Warschaus und komplettes Desinteresse vonseiten der Hauptstadtbe-wohner. Das ist die Bilanz des freitäglichen Endes einer viertägigen Kundgebung von Gegnern des Atomkraftwerk-Baus in Żarnowiec vor dem Amt des Ministerrats und seit Donnerstag auch vor dem Industrieministerium.“ (Gazeta Wyborcza, 06.11.1989, S. 2)

„Sie fordern:

1. einen Baustopp des Atomkraftwerks in Żarnowiec
2. eine wahrheitsgemäße Aufklärung über die radiologische Situation im Land und Einzelheiten der Katastrophe von Tschernobyl
3. Zugang zu den Massenmedien für Gegner der Atomenergie“
(Gazeta Wyborcza, 20.01.1990, S. 2)

Danach folgte die Information, dass die Solidarność-Abgeordneten Radosław Gawlik und Krzysztof Dowgiałło im Sejm 170 Unterschriften gegen den Bau gesammelt hatten, ihr Antrag aber aus organisatorischen Gründen nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Der Artikel endete mit der Information, dass sich den Danziger Hungerstreikenden vier weitere Personen angeschlossen hatten. Die Gegenseite wurde im Artikel nicht erwähnt, auch konzentrierte er sich nicht auf den reinen Protest. Mit Gawlik und Dowgiałło erschienen zwei Parlamentarier nicht, wie im oben zitierten Artikel zu den Wahlen 1989, als moderate Alternative zu den jugendlich-überhitzten WiP-AktivistInnen, sondern als Teil *einer* Bewegung, die auf unterschiedlichen Ebenen für das Ziel des Baustopps aktiv war. Als Akteure dieser Umweltbewegung wurden so nicht nur politisch unerfahrene und „radikal“ agierende Jugendliche gerahmt, sondern auch zwei anerkannte Parlamentarier. Der Misserfolg des nicht behandelten Antrags wurde durch die abschließende Erwähnung der zusätzlichen Hungerstreikenden relativiert. Dahinter lässt sich die Intention vermuten, potentiell motivierend auf SympathisantInnen zu wirken. In jedem Falle lässt er sich einer affirmativen Protestberichterstattung zuordnen, die die Protestierenden, ihre Ziele und Erfolgsaussichten positiv rahmt. Ein ähnliches Framing findet sich auch bei Berichten über Demonstrationen für Erleichterungen bei der Kriegsdienstverweigerung²³ und über Aktionen von WiP und anderen Gruppen in Solidarität mit den Studierendenprotesten auf dem Platz des Himmlischen Friedens²⁴.

Das Framing von WiP-Demonstrationen als „jugendlich“ kam in der Gazeta Wyborcza somit in zwei Varianten vor. Wurden die Aktionen der „überhitzten Jugend“ als politisch gefährlich interpretiert, berichtete die Gazeta Wyborcza in protestparadigmatischem Framing, zumal, wenn sie gewalttätig verliefen. Daneben finden sich in der Berichterstattung aber

23 Gazeta Wyborcza, 13.09.1989, S. 2; Gazeta Wyborcza, 14.09.1989, S. 1.

24 Gazeta Wyborcza, 08.06.1989, S. 2. Ähnliche Proteste organisierten auch WiP-Gruppen außerhalb von Warschau, z. B. in Danzig, was allerdings unter dem Radar der Gazeta Wyborcza blieb. Vgl. Waşowicz (2012, S. 601).

auch Beiträge, die die Positionen von WiP positiv bewerteten und Inhalte gegenüber dem Protestereignis stärker gewichteten.

6. Frame 3: WiP als Teil der Alternativkultur

Neben der Einordnung als „Fundamentalopposition“ und mal positiver, mal negativer gerahmten „DauerdemonstrantInnen“ etablierte die Berichterstattung über WiP in der *Gazeta Wyborcza* des Jahres 1989 noch einen dritten grundlegenden Frame: WiP als Teil einer jugendlichen Alternativkultur. Stellvertretend dafür stehen mehrere Artikel aus der von Barbara Hrybacz redaktionell verantworteten Kolumne zu alternativen Jugendbewegungen. Sie selbst stellte dort etwa im Juli 1989 die anarchistisch orientierte (Bałut 2009) Danziger WiP-Zeitschrift *A Capella* vor (*Gazeta Wyborcza*, 04.07.1989, S. 6). Grzegorz Kostrzewa ordnete WiP am selben Ort eine Woche später unter dem Titel „Alternative“ als „grünen Teil“ eines alternativen Milieus ein – neben dem „Danziger Schwarz“ der mit dem Danziger WiP eng verbundenen anarchistischen *Bewegung für eine alternative Gesellschaft* (poln.: *Ruch Społeczeństwa Alternatywnego, RSA*)²⁵ und dem „Breslauer Orange“ der für ihre absurden, systemkritischen Happenings bekannten *Orangenen Alternative* (poln.: *Pomarańczowa Alternatywa*)²⁶. Sie alle, so sein mit leicht ironischem Unterton gegenüber möglichen Stereotypen über die genannten Gruppen geschriebener Text, organisierten eine Vielzahl an Demonstrationen und Happenings – wichtiger aber fast noch sei die Rockmusik:

„Die Alternativen schlagen nicht nur, sie kümmern sich nicht nur um Politik und die Schwächung der Fähigkeit zur Landesverteidigung, sie organisieren nicht nur Happenings auf der Straße. Zumindest für einen Teil des Milieus ist die wichtigste Art der Äußerung die Rockmusik, in ihrer unkommerziellen Variante. Es lohnt sich also, sich in sie einzuhören. Vielleicht ist sie eine Vorankündigung der Zukunft. Vielleicht ist die Zukunft alternativ.“ (*Gazeta Wyborcza*, 11.07.1989, S. 6.)

25 Anarchistische Gruppe aus Danzig, dort enge Kooperation und zahlreiche personelle Überschneidungen mit WiP; gegründet um 1984. Grundlegend zur Geschichte der Gruppe siehe Antonów (2002, S. 136–213).

26 Zur Geschichte der Orangenen Alternative siehe grundlegend Kenney (2002, S. 157–168).

Diese jugendliche alternative Szene mag, so das Framing, schrill sein, spannend, sie ist aber politisch harmlos. Diesen Tenor strahlt auch Paweł Chojnackis Bericht über den im Juli 1989 stattgefundenen *Hyde Park* aus (*Gazeta Wyborcza*, 26.07.1989, S. 6), ein seit 1985 jährlich von RSA und WiP organisiertes, mehrtägiges Festival (Litwińska 2015, S. 181 ff.). Die BesucherInnen beschrieb er folgendermaßen:

„Mitglieder der Bewegung ‚Wolność i Pokój‘, Anarchisten von der Bewegung für eine Alternative Gesellschaft und der Anarchistischen Städtevernetzung, Radikale, Feministinnen, Pazifisten, Punks, Rastamans, Vegetarier und andere Vertreter der jugendlichen ‚Gegenkultur‘.“ (*Gazeta Wyborcza*, 26.07.1989, S. 6)

Daneben reisten, so der Artikel weiter, auch Gäste aus der DDR („Pazifisten“) und Westeuropa („Anarchisten“ und „Besetzerbewegung“, wie der Text vermerkt) an. Sie alle hörten Punkkonzerte und konnten alternative Schriften kaufen, vor allem aber stand die gemeinsam verbrachte Freizeit im Vordergrund:

„Für viele war der Hyde Park aber einfach eine Gelegenheit, Bekannte zu treffen, sich zu unterhalten, und vor allem, trotz kaltem Wetter, zu Baden und die Seele baumeln zu lassen.“ (*Gazeta Wyborcza*, 26.07.1989, S. 6)

Eine politische Bedeutung, so der Tenor des Artikels, hatte das Treffen nicht. Um dieses Framing zu unterstreichen, endete der Text mit einem Zitat des Krakauer WiP-Aktivistin Marcin Mamoń: „Ich mag den Hyde Park, weil er total sinnlos ist!“ Den im negativen Sinne „unpolitischen“ Krawallen wurde so eine harmlos-positive Alternative gegenüber gestellt. Die AktivistInnen von WiP wurden so, ganz im Sinne der von Ertl (Ertl 2015, S. 290 f.) und auch Gitlin (Gitlin 1980, S. 6 f.) beschriebenen Mechanismen der Rekuperation durch mediale Berichterstattung, entpolitisiert und eingehegt.

7. Zusammenfassung und Ausblick

Die *Gazeta Wyborcza* framte die Aktivitäten von WiP im Wendejahr 1989 überwiegend im Schema des Protestparadigmas: Motive und Ziele der Proteste wurden selten explizit genannt; als Akteure der Proteste wurden ano-

nyme Gruppen „Jugendlicher“ oder gar „Krawallmacher“ ausgemacht, deren jugendlichem Idealismus man mit Empathie oder Verständnis begegnen konnte, dem aber, artete er in Gewalt aus, eine besonnene Staatsmacht Einhalt gebieten sollte. Auch in der *Gazeta Wyborcza* zeigt sich so die auch für die mediale Berichterstattung über andere soziale Bewegungen festgestellte Präferenz von Medien, über Protest im Narrativ von Konfrontation zu berichteten (vgl. Rucht 2014, S. 20 f.). Neben dieser dominanten Form der Berichterstattung gab es mit den zitierten Artikeln von Barbara Hrybacz und Magdalena Papuzińska Texte von Journalistinnen, die WiP bzw. der ökologischen Bewegung personell und/oder inhaltlich nahestanden. Sie framten WiP als Teil einer pluralen, auch parlamentarisch verankerten Umwelt- und Friedensbewegung, die für erstrebenswerte Ziele eintrat. Darin lassen sich zwei sich teils widersprechende, teils komplementär ergänzende übergeordnete Frames erkennen. Erstens muss die revolutionäre Mobilisierung der Gesellschaft, die sich vor allem in Streiks, aber auch den zahlreichen oppositionellen und teils radikal antikommunistisch/-systemisch auftretenden Jugendgruppen manifestierte, eingedämmt werden, um ein funktionierendes demokratisches Staatswesen aufzubauen (Ostolski 2012, S. 207 f.; Ost 2005, S. 104 f.). Zweitens muss dafür jedoch auch eine aktive „Zivilgesellschaft“ – das Konzept stammt nicht von Ungefähr aus der ostmitteleuropäischen Opposition der 1980er Jahre – entwickelt werden: BürgerInnen sollten nicht passiv sein und öffentliche Angelegenheiten dem Staat überlassen, sondern sich „sinnvoll“ und „zielorientiert“ in Parteien und NGO's in gesellschaftliche Prozesse einbringen (Bloom 2013, S. 34–41). Dazu gehört auch der dritte oben identifizierte Frame: WiP nicht als primär politischer, gegen den Staat gerichteter Akteur, sondern als Teil einer alternativen, jugendlichen Kulturszene.

Diese im Revolutionsjahr 1989 etablierten grundlegenden Frames finden sich auch in der weiter kontinuierlichen, auch aufgrund der nachlassenden Aktivität von WiP aber zunehmend selteneren Berichterstattung aus der Zeit der „nachrevolutionären Systemtransformation“ (Ther 2016, S. 29). WiP konzentrierte sich in den Jahren 1990–1993, den letzten Jahren seines Bestehens²⁷, vor allem auf zwei größere Kampagnen: die ab 1990 jährlich stattfindenden, letztlich aber erfolglosen Blockaden des Staudammbaus in Czorsztyn bei Krakau und die gemeinsam mit dem Verein Objector betrie-

27 WiP löste sich nie formal auf. Sowohl in der *Gazeta Wyborcza* als auch den im Zuge der Recherchen für diesen Beitrag ebenfalls durchgesehenen zentralen Zeitschrift der polnischen Ökologiebewegung der 1990er Jahre, den *Zielone Brygady* (dt. „Grüne Brigaden“) stammen die letzten Beiträge zu Aktionen von WiP aus dem Jahre 1993.

bene Kampagne zur Unterstützung von Wehrdienstverweigerern. Beides fand auch in der *Gazeta Wyborcza* Widerhall. Die meisten Artikel framteten die Anliegen beider Kampagnen grundsätzlich positiv.²⁸ Dennoch dominierte auch in den Berichten nach 1989 ein protestparadigmatisches Framing, das die WiP-AktivistInnen in erster Linie als idealistische und dabei nicht selten etwas naive „Jugendliche“ zeichnete. Große Mobilisierungserfolge, die weitere Teile der Gesellschaft erreichten, so der Tenor der Berichte, hatten sie damit jedoch nicht. Die meisten ihrer Demonstrationen fanden wenig Anklang und beschränkten sich auf eine kleine, jugendliche Alternativszene. Das Framing von WiP-Demonstrationen als „gewalttätig“, das die Berichterstattung über die Krakauer Demonstrationen gegen die Sowjetarmee im Jahre 1989 noch geprägt hatte, verschwand dagegen weitestgehend. Vor allem in der Berichterstattung über die Blockaden in Czorsztyn wurden WiP-AktivistInnen eher als Opfer von Gewalt vonseiten der Polizei beschrieben.²⁹ Und auch die von WiP und Objector unterstützten jungen Männer, die wie der 1992 größere Bekanntheit erlangende Roman Gałuszko wegen Wehrdienstverweigerung in Haft saßen, wurden als unschuldige Opfer einer staatlichen Verwaltung gezeichnet, die ihren BürgerInnen die Inanspruchnahme eines Grundrechts verweigerte. Trotz dieses im Sinne von WiP positiveren Framings wurde WiP als Ganzes in den beiden einzigen umfangreichen Texten, die sich explizit mit der Bewegung und ihrer Entwicklung nach 1989 befassten, als marginal und anachronistisch gerahmt. Besonders deutlich wird dies in einer Reportage von Beata Pawlak aus dem Jahr 1993, in der sie den jugendlichen und anarchistisch geprägten, erfolglosen WiP-AktivistInnen der Gegenwart die „Erfolgsgeschichten“ von ehemaligen WiP-AktivistInnen wie dem damaligen Minister Jan Rokita gegenüberstellte (*Gazeta Wyborcza*, 03.09.1993, S. 6.). Von der pluralistischen, erfolgreichen Oppositionsbewegung gegen das kommunistische Regime blieben aus dieser Perspektive die Berufsrevolutionäre in schwarzen Lederjacks und abenteuerlustige Jugendliche übrig, die sich ihnen anschlossen. Die meisten aus der Gründungsgeneration von WiP waren derartiger Revolutionsspielchen aber entwachsen und widmeten ihre Energie stattdessen

28 Dies gilt vor allem für Beiträge von in Umweltthemen profilierten RedakteurInnen wie Joanna Grodzka und Magda Papuzińska. Siehe beispielhaft *Gazeta Wyborcza*, 31.08.1990, S. 3; *Gazeta Wyborcza*, 01.07.1992, S. 3.

29 Dies gilt vor allem für die Berichterstattung über die Blockaden der Jahre 1991, als zahlreiche AktivistInnen zu Bußgeldern verurteilt wurde, und 1992, als ein Bauarbeiter BlockiererInnen mit einem LKW angefahren hatte und zahlreiche AktivistInnen. Siehe dazu beispielhaft *Gazeta Wyborcza*, 03.09.1991, S. 3; *Gazeta Wyborcza*, 04.09.1991, S. 2; *Gazeta Wyborcza*, 03.07.1992, S. 1.

dem Aufbau des neuen Staates. Trotzdem war es manchmal gut, dass es diese anarchistischen Idealisten noch gab: Sie waren das Salz in der Suppe, bereicherten Polen mit alternativer Kultur und Lebensweise. Und manchmal, etwa im Falle der inhaftierten Wehrdienstverweigerer oder teilweise auch beim Protest gegen den Staudammbau in Czorsztyn, konnte man als etablierter Politiker auch mit ihnen kooperieren und ihre Expertise nutzen.

Der Raum für WiP im Diskurs der *Gazeta Wyborcza* war damit klar umrissen: Eine kleine, radikale und wenig kompromissbereite Gruppe, die konsequent außerparlamentarisch blieb; jung, mit viel Engagement, aber ohne große Mobilisierungserfolge und deshalb auch, anders als noch bei den antisowjetischen Protesten des Jahres 1989: ungefährlich. WiP wurde so in der Berichterstattung der *Gazeta Wyborcza* von einer Oppositionsbewegung gegen das kommunistische System zum Teil eines anarchistischen, gegenkulturellen Milieus. Damit wurde WiP als Akteur, aber auch seine Positionen an den Rand des politischen Spektrums gedrängt und dieses gleichzeitig neu strukturiert. Auch wenn die Aktionen von WiP positiv gerahmt wurden, erschien WiP doch als „Außenseiter“. Parlamentarier wie Gawlik, die der Bewegung inhaltlich teils weiter nahe standen, bildeten in der Darstellung der *Gazeta Wyborcza* die Brücke ins „Zentrum der Macht“ und verliehen den Protesten so größeres Gewicht. Darin wird auch eine grundlegende Konzeption von „Politik“ deutlich. „Innen“ sind Institutionen wie Parlament und staatliche Institutionen, „außen“ mehr oder weniger formalisierte politische Gruppierungen, die sich im positiven Sinne „zivilgesellschaftlich“ engagieren oder, negativ, als Fundamentalopposition mit Hang zu gewaltsamem Handeln gegen den Staat agiert. Die *Gazeta Wyborcza* berichtete so weiterhin über Aktivitäten von WiP, bevorzugte dabei aber Aktivitäten, über die sich in einem Protestnarrativ berichten ließ. Beratungstätigkeiten für Wehrdienstverweigerer oder Informationskampagnen für mehr Umweltschutz, wie sie vor allem die WiP-Gruppe in Rzeszów durchführte³⁰, fanden dagegen keine Erwähnung. Dies lag mit großer Wahrscheinlichkeit an einer mangelnden „Spektakularisierbarkeit“ (Ertl) derartiger Aktivitäten, mag aber auch in der angenommenen mangelnden Bedeutung für ein landesweites Publikum begründet gewesen sein. Weitere Untersuchungen zum Framing von grünen Bewegungen im Polen der Transformationszeit müssten deshalb zwingend auch lokale Medien mit auswerten. Auch andere landesweite Tageszeitungen und Zeitschriften müssten Teil einer solchen Medienanalyse sein, um zu überprüfen, inwie-

30 Vgl. *Zielone Brygady* 35 (5/1992, S. 34).

weit die Berichterstattung der *Gazeta Wyborcza* paradigmatisch für den Mediendiskurs der frühen 1990er Jahre steht bzw. wo sie sich von generellen Tendenzen abhebt. Zudem stellt sich die mithilfe einer reinen Frame-Analyse nicht zu klärende Frage, inwieweit das Framing von WiP in einem Massenmedium wie der *Gazeta Wyborcza* Auswirkungen auf die Selbstverortung und die Aktivitäten von WiP nach 1989 hatte und ob bzw. inwiefern es aufgrund der veränderten Bedeutung von Massenmedien innerhalb der WiP-Gruppen Diskussionen um Medienstrategien gab.

Die durch die hier vorgenommene Frame-Analyse sichtbar gemachte Marginalisierung von WiP in einem wichtigen Teil des Mediendiskurses der frühen 1990er Jahre hat bis in die Gegenwart Auswirkungen auf die Wahrnehmung der polnischen Ökologiebewegung dieser Zeit. Bis heute existiert außer Piotr Glińskis soziologischer Studie von 1996 keine Monographie zur polnischen Umweltbewegung, auch umfassendere Studien zur Umweltgeschichte im Sozialismus, wie sie Thomas Huff kürzlich für die DDR vorgelegt hat (Huff 2015), fehlen bislang. Die Marginalisierung ökologischer, pazifistischer und feministischer Perspektiven im Zuge des Systemwandels bildet sich dadurch auch in den dominanten Erzählungen über die polnische Systemtransformation ab, in denen es, so Adam Ostolski bereits in einem Aufsatz von 2009, für sie „schlicht keinen Platz gibt“ (Ostolski 2009, S. 32). Eine erneute Beschäftigung mit dieser Bewegung verspricht deshalb neue Perspektiven auf Mechanismen der Systemtransformation in Polen und dabei auch die Infragestellung so mancher Gewissheit der Gegenwart. Und wenn es nur die Erkenntnis ist, dass die vom neuen polnischen Außenminister Witold Waszczykowski in einem Interview mit der *Bild*-Zeitung im Januar 2016 vorgenommene Einordnung von RadfahrerInnen und VegetarierInnen als „westliche Krankheit“ (Wilczynski 2016) keine treffende Beschreibung einer deutsch-polnischen Transfergeschichte von Lebensstilen, sondern eher eine Folge der fehlenden historischen Beschäftigung mit der polnischen Ökologiebewegung der 1980er und 1990er Jahre ist.

Quellen und Literatur

Untersuchte Zeitungen und Zeitschriften

Gazeta Wyborcza 1989–1994
Na Przełaj 1989–1991
Zielone Brygady 1989–1993

Verwendete Literatur

- Antonów, R. (2004): Pod czarnym sztandarem. Anarchizm w Polsce po 1980 roku. Wrocław: Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego.
- Bałut, M. (2009): Przegląd anarchistyczny: Prasa anarchistyczna w PRL, www.przeglad-anarchistyczny.org/historia/121-prasa-anarchistyczna-w-prl (Abruf 06.12.2016).
- Bösch, F. (2014): Kommunikative Netzwerke. Zur globalen Formierung sozialer Bewegungen am Beispiel der Anti-Atomkraftproteste. In: Mittag, J./Stadtland, H. (Hrsg.): Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft. Essen: Klartext-Verlag, S. 149–166.
- Bożek, G./Wajrak, A. (2014): Dociekam prawdy. Z Adamem Wajrakiem rozmawia Grzegorz Bożek. In: *Dzikie Życie* 234/235, www.pracownia.org.pl/dzikie-zycie-numery-archiwalne?rok=2013 (Abruf 05.12.2016).
- Brewer, P. R./Gross, K. (2010): Studying the Effects of Framing on Public Opinion about Policy Issues. In: D'Angelo, P./Kuypers, J. A. (Hrsg.): *Doing News Framing Analysis. Empirical and Theoretical Perspectives*. London und New York: Routledge, S. 159–186.
- Carmin, J./Fagan, A. (2011): Environmental mobilisation and organisations in post-socialist Europe and the former Soviet Union. In: Carmin, J./Fagan, A. (Hrsg.): *Green Activism in Post-Socialist Europe and the former Soviet Union*. London und New York: Routledge, S. 1–19.
- Charkiewicz, E. (2008): Zielony finał PRL-u. In: Sadura, P. (Hrsg.): *Polski odcień zieleni. Zielone idee i siły polityczne w Polsce*. Warszawa: Fundacja im. Heinricha Bölla, S. 35–48.
- Churska, K. (2012): Wybory 1989 roku w bydgoskiej prasie niezależnej. In: Kardela, P./Warota, P./Wolsza, T. (Hrsg.): *Wbrew partii i cenzurze. Media podziemne w PRL. Studia i artykuły*. Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej, S. 139–155.
- Chwalba, A. (2010): *Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen 1989 bis 2005*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag.
- Dudek, A. (2010): Kongres Opozycji Antyustrojowej, Encyklopedia Solidarności, www.encycol.pl/wiki/Kongres_Opozycji_Antyustrojowej (Abruf 10.11.2016).
- Dudek, A. (2007): *Historia polityczna Polski 1989–2005*. Kraków: Wydawnictwo Arcana.
- Dworaczek, K. (2012): Polska Partia Socjalistyczna, Encyklopedia Solidarności, www.encycol.pl/wiki/Polska_Partia_Socjalistyczna (Abruf 15.11.2016).
- Ekiert, G./Kubik, J. (1998): Collective Protest in Post-Communist Poland, 1989–1993: a Research Report. In: *Communist and Post-Communist Studies* 31(2), S. 91–117.
- Ertl, S. (2015): *Protest als Ereignis: Zur medialen Inszenierung von Bürgerpartizipation*. Bielefeld: transcript.
- Fahlenbrach, K. (2016): Protest as a Media Phenomenon. In: Fahlenbrach, K./Klimke, M./Scharloth, J. (Hrsg.): *Protest Cultures. A Companion*. New York und Oxford: Berghahn, S. 94–113.
- Fahlenbrach, K./Sivertsen, E./Werenskold, R. (Hrsg.) (2014): *Media and Revolt. Strategies and Performances from the 1960s to the Present*. New York und Oxford: Berghahn.
- Fahlenbrach, K./Stapane, L. (2012): Mediale und visuelle Strategien der Friedensbewegung. In: Becker-Schaum, C./Gassert, P./Klimke, M. (Hrsg.): *„Enrüstet euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*. Paderborn und München: Schöningh, S. 229–246.

- Filas, R. (1999): Zeit des Wandels in den Medien. Die Presse-, Hörfunk- und Fernsehnutzung in den Jahren 1989 bis 1996. In: Kopper, G. G./Rutkiewicz, I./Schliep, K. (Hrsg.): *Medientransformation und Journalismus in Polen 1989–1996*. Garz bei Berlin: Vistas, S. 213–234.
- Franczak, K. (2014): Perspektywa Framing Analysis – oferta analityczna dla badań nad dyskursem? In: *Przegląd Socjologiczny* 63(3), S. 135–165.
- Gerland, K. (2016): Politische Jugend im Umbruch von 1988/89: Generationelle Dynamik in der DDR und der Volksrepublik Polen. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Gliński, P. (1996): *Polscy Zieloni. Ruch społeczny w okresie przemian*, Warszawa: Wydawnictwo IfiS PAN.
- Huff, T. (2015): *Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Kenney, P. (2002): *A carnival of revolution. Central Europe 1989*. Princeton: Princeton University Press.
- Kenney, P. (1999): The Gender of Resistance in Communist Poland. In: *The American Historical Review* 104(2), S. 399–425.
- Link, J. (2006): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Litwińska, M. (2015): *WiP kontra PRL. Ruch Wolność i Pokój 1985–1989*. Kraków: Wydawnictwo Wysoki Zamek.
- Machcewicz, A. (1995): Historia sentymalna. „Gazeta Wyborcza“ w latach 1989–1990. In: *Więź* 7/1995, S. 134–152.
- Madera, A. J. (2003): Fenomen „Gazety Wyborczej“. In: *Środkowoeuropejskie Studia Polityczne* 1, S. 154–171.
- Miedema, C. (2014): „Hätten wir doch mehr auf die polnischen Ratschläge gehört“. Die Grünen und die polnische Opposition in den 1980er Jahren. In: *Jahrbuch Grünes Gedächtnis* 2014, S. 59–83.
- Mittag, J./Stadtland, H.: Soziale Bewegungsforschung im Spannungsfeld von Theorie und Empirie. Einleitende Anmerkungen zu Potenzialen disziplinärer Brückenschläge zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaft. In: Mittag, J./Stadtland, H. (Hrsg.): *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*. Essen: Klartext-Verlag, S. 13–60.
- Ost, D. (2005): *The defeat of Solidarity: anger and politics in postcommunist Europe*. Ithaca: Cornell University Press.
- Ostolski, A. (2012): Ökologie, Demokratie und Moderne. Umweltproteste in Polen seit 1989. In: Bingen, D./Jarosz, M./Loew, P. O. (Hrsg.): *Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, S. 204–218.
- Ostolski, A. (2009): Krótki kurs historii ruchu ekologicznego w Polsce, In: *Krytyka Polityczna* (Hrsg.): *Ekologia. Przewodnik Krytyki Politycznej*. Warszawa: Wydawnictwo Krytyki Politycznej, S. 401–424.
- Ostolski, A. (2008): Między wschodem i zachodem. In: Sadura, P. (Hrsg.): *Polski odcień zieleni. Zielone idee i siły polityczne w Polsce*. Warszawa: Fundacja im. Heinricha Bölla, S. 21–33.
- Potthoff, M. (2015): *Medien-Frames und ihre Entstehung*. Wiesbaden: VS.
- Reichhardt, S. (2014): *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*. Berlin: Suhrkamp.

- Rucht, D. (2014): Changes of Protest Groups' Media Strategies from a Long-Term Perspective. In: Fahlenbrach, K./Sivertsen, E./Werenskjold, R. (Hrsg.): *Media and Revolt. Strategies and Performances from the 1960s to the Present*. New York und Oxford: Berghahn, S. 19–40.
- Rucht, D./Rink, D. (1994): *Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?* Berlin: WZB.
- Skruwa, G. (2014): *Harcerska alternatywa*“. Wokół tygodnika „Na Przełaj“ (1980–1989) In: Chabros, E. (Hrsg.): *Od kontrkultury do New Age. Wybrane zjawiska społeczno-kulturowe schyłku PRL i ich korzenie*. Wrocław: Instytut Pamięci Narodowej, S. 79–98.
- Smoleński, P./Wybieralski, M. (2015): *Wiosna nasza. 25 lat „Gazety Wyborczej“*, <http://25lat.wyborcza.pl/> (Abruf 01.12.2016).
- Smółka-Gnauck, A. (2012): *Między wolnością a pokojem. Zarys historii Ruchu „Wolność i Pokój“*. Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej.
- Steuer, J. (2014): *Fremde als „Problem“: Skizze des Framing der fremdenfeindlichen Bewegung der frühen 1990er Jahre*. In: Mittag, J./Stadtland, H. (Hrsg.): *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*. Essen: Klartext-Verlag, S. 167–188.
- Szulc, P. (2012): *Szczecińska prasa drugoobiegowa. Narracje rzeczywistości roku 1989*. In: Kardela, P./Warota, P./Wolsza, T. (Hrsg.): *Wbrew partii i cenzurze. Media podziemne w PRL. Studia i artykuły*. Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej, S. 156–170.
- Szulecki, K./Waluszko, J./Borewicz, T. (2015): *A brief green moment: the emergence and decline of the Polish anti-nuclear and environmental movement*. In: *Interface: a journal for and about social movements* 7(2), S. 27–48.
- Szymanski, B. (2012): *Theatraler Protest und der Weg Polens zu 1989. Zum Aushandeln von Öffentlichkeit im Jahrzehnt der Solidarność*. Bielefeld: transcript.
- Ther, P. (2016): *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Berlin: Suhrkamp.
- Ther, P. (2010): *1989 – eine verhandelte Revolution*, Docupedia-Zeitgeschichte, <https://docupedia.de/zg/1989> (Abruf 15.11.2016).
- Waluszko, J. (2013): *Protesty przeciwko budowie elektrowni jądrowej Żarnowiec w latach 1985–1990*. Gdańsk: Instytut Pamięci Narodowej.
- Wąsowicz, J. (2012): *Niezależny ruch młodzieżowy w Gdańsku w latach 1981–1989*. Gdańsk: Europejskie Centrum Solidarności.
- Wierzbicki, M. (2013): *Ostatni bunt. Młodzieżowa opozycja u schyłku PRL*. Lublin: Instytut Pamięci Narodowej.
- Wilczynski, M. (2016): *Waszykowski warnt vor „Welt aus Radfahrern und Vegetariern“*, Deutschlandfunk, 05.01.2016, www.deutschlandfunk.de/polnische-regierung-waszykowski-warnt-vor-welt-aus.1773.de.html?dram:article_id=341541 (Abruf 10.12.2016).
- Żuk, P. (2001): *Społeczeństwo w działaniu: ekolodzy, feministki, skłotersi: socjologiczna analiza nowych ruchów społecznych w Polsce*. Warszawa: Scholar.